

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 3.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 20. Januar 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Uken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Handeln.

Fester Grund sei deinem Ich:
Nie dein Wort zu brechen;
Drum vor allem hüte dich,
Großes zu versprechen.
Aber, auf dich selbst gestellt,
Handle groß im Leben,
Gleich, als hättest du der Welt
Drauf dein Wort gegeben.

Hammer.

Arbeiter- und Staatspolitik.

II.

Die deutschen Sozialdemokraten haben es durch ihre unsinnige Politik dahin gebracht, daß ihre eigenen Wähler in bezug auf die Gesetzgebung von der Gnade der so scharf gescholtenen bürgerlichen Parteien leben müssen, und zwar nicht bloß, soweit es sich um soziale Errungenschaften und Fortschritte handelt, sondern auch selbst, soweit es ankommt auf die Erhaltung der Grundrechte der Arbeiterschaft, des Reichstagswahlrechts, des Koalitionsrechts usw. Die Sozialdemokraten hätten es eben wegen ihrer Schwäche nicht hindern können, wenn die bürgerlichen Parteien den Arbeitern ihre Rechte hätten nehmen oder beschneiden wollen. Daß die Sozialdemokratie heute keinen Staatsstreik gegen sie verhindern könnte, gestehen deren Führer selbst ein.

Umso mehr müssen die christlichen Arbeiter auf dem bisher erfolgreichen Wege weiter fortschreiten, nämlich den verschiedenen bürgerlichen Parteien, die für sozialen Fortschritt eingetreten sind, sich möglichst zahlreich anschließen, so daß diese gezwungen sind, auf die starken Arbeiterwählermassen in ihren Reihen Rücksicht zu nehmen. Ebenso müssen sie sich in den bürgerlichen Parteien eifrig politisch betätigen, um zu erreichen, daß sie auf die Maßnahmen der Parteien Einfluß gewinnen. Die Arbeiter müssen ferner bei der Kritik der Tätigkeit der bürgerlichen Parteien stets als selbstverständlich gelten lassen, daß diese nicht bloß die Interessen der Arbeiter, sondern auch der übrigen Erwerbsstände berücksichtigen, weil dadurch die übrigen Stände zu gleicher Rücksichtnahme auf die Wünsche der Arbeiter verpflichtet werden. Stellen die christlichen Arbeiter einen beträchtlichen Teil der Wähler der bürgerlichen Parteien und arbeiten sie in diesen zum Wohle des Ganzen mit, so kann auch die Regierung nicht umhin, die so bindnisfähig gewordenen Arbeiter mit ihren Forderungen ebenso zu berücksichtigen, wie die Wähler aus anderen Erwerbsständen.

Denken die christlichen Arbeiter einmal als Realpolitiker und nicht als weltfremde Doktrinaire (Stubengelehrte), so werden sie den einen Leitsatz für ihre staatspolitische Tätigkeit beachten, nämlich, daß es auch im Staatsleben nur eine schrittweise, aber keine sprunghafte Entwicklung gibt.

Wenn ein Landwirt ein bisher schlecht bewirtschaftetes Landgut in Arbeit nimmt, erwartet er nicht, durch eine einjährige Reklamationsarbeit das Gut auf die Höhe zu bringen. Die Sozialdemokratie hat schon ein halbes Jahrhundert an der Klärung ihres Programms gearbeitet und muß heute zugestehen, daß dessen wichtigsten Grund Lehren falsch sind. Vor einem Jahrzehnt konnte sie in die Welt, sie werde nun auch ein

einwandfreies Agrarprogramm aufstellen. Sie hat sich dabei so in die Finger geschnitten, daß sie heute nicht mehr von einem Agrarprogramm spricht. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben ein halbes Jahrhundert arbeiten müssen, um zu ihrer heutigen Entwicklung zu kommen, welche ihre Führer noch lange nicht befriedigt. Gewiß haben die „freien“ Gewerkschaften die Lage der Arbeiter verbessert (was übrigens zu allererst der gesunden deutschen Wirtschaftspolitik zu danken ist, die von der Sozialdemokratie verlästert wird), aber die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne war und ist auch heute noch nur in kleinen Fortschritten möglich, wobei Rückschläge mit in den Kauf genommen werden müssen. Keiner der größten sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Verantwortlichkeitsgefühl hat, fällt es ein, in einen Streik einzutreten, um die Verkürzung der Arbeitszeit um ein oder zwei Stunden, oder um eine 30- oder 50prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Wenn bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung die Sozialdemokratie Anträge stellte, die zusammen zwei Milliarden Mehrleistungen an Beiträgen forderten, während heute die Arbeiterversicherung insgesamt eine Milliarde jährlicher Aufwendungen aufweist, so hat sie sich damit unsterblich lächerlich gemacht. So etwas treibt sie aber gewissenlos im Reichstage, weil sie weiß, daß die bürgerlichen Parteien für fortschrittliche Gesetze stimmen. Wären die sozialdemokratischen Stimmen bei der neuen Reichsversicherungsordnung notwendig gewesen, um das Gesetz zur Annahme zu bringen, so hätte die Sozialdemokratie nicht den Mut gehabt, die beträchtlichen Verbesserungen des Gesetzes, die u. a. 180 bis 200 Millionen Mehraufwendungen für die Arbeiter mit sich bringen, abzulehnen. Mit einer solchen Uebertrumpfungspolitik in Anträgen erreicht die Sozialdemokratie im Reichstage regelmäßig nur, daß man auf sie keine Rücksicht nimmt, sie vielmehr links liegen läßt. Wir möchten auch die Entrüstung der Sozialdemokratie sehen, wenn z. B. die Landwirtschaft bei Schutzollfragen ähnliche übertriebene Forderungen stellen wollte, wie das die Sozialdemokratie bei ihren Anträgen für die Arbeiter beliebt.

Wenn aber die Geschichte der Sozialpolitik, wie überhaupt der ganzen Gesetzgebung lehrt, daß wie im Leben der Natur, so auch im Staatsleben, man nur schrittweise, aber nicht mit großen Sprüngen herankommen kann, so ist der Grund nicht etwa Böswilligkeit der Regierungen und der Parteien, sondern die Macht der tatsächlichen Verhältnisse. Das deutsche Wirtschaftsleben muß zu jeder Zeit imstande sein, die Lasten, welche ein neues soziales Gesetz bringt, tragen zu können, ohne daß ihre produktiven Kräfte dadurch geschädigt werden. Das Wirtschaftsleben muß die Lasten aufbringen können und dabei fähig sein, weitere Kräfte anzusammeln, die es für die Gesamtheit fruchtbar macht. Anders handeln heißt die Henne umbringen oder Lahmschlagen, welche Eier legen soll. Das deutsche Wirtschaftsleben hat sich aber nicht in Sprüngen, sondern in langsamem organischen Wachstum entwickelt, also muß auch die soziale Gesetzgebung, welche ihr Lasten zugunsten der Arbeiter auflegt, sich in langsamem Fortschritt entwickeln. Heute haben wir durch Gesetz den Zehnstundentag für jugendliche und weibliche Arbeiter. Vor 20 Jahren konnten wir nur den Elftundentag für die weiblichen Arbeiter einführen, weil damals bei einer allgemeinen zehnstündigen Arbeitszeit die Löhne der Arbeiter hätten herabgesetzt werden müssen, oder wenigstens nicht hätten heraufgesetzt werden können, wie es seitdem geschehen ist. Vor 20 und 30 Jahren hätte die deutsche Industrie, ohne auf dem Weltmarkte zurückgedrängt zu werden, nicht die Löhne zahlen können, welche heute die Gewerkschaften

errungen haben. Ohne Profit raucht kein Kamin, hat selbst Babel vor Jahren einmal zugestanden.

Also haben die christlichen Arbeiter, welche weiteren Fortschritt der Sozialpolitik wünschen, allen Grund, es nicht wie die Sozialdemokraten zu treiben, sondern nach Art guter Gewerkschaftsarbeit in stetiger Kleinarbeit Schritt vor Schritt ihre Forderungen durchzusetzen.

Wenn die christlichen Arbeiter nach solchen Leitgedanken ihre Sozialpolitik treiben — deren Beachtung sie recht beträchtliche Erfolge verdanken, unter deren Befolgung auch die übrigen Stände stets sich durchgesetzt haben —, dann haben sie auch in der Verteidigung ihrer Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen Angriffen eine unüberwindliche Stellung eingenommen. Dann prallen alle kleinen Angriffe sozialdemokratischer Polemik auf die Sozialdemokratie selbst zurück. Dann brauchen die christlichen Arbeiter im Wahlkampfe sich nicht des einzelnen herumzuschlagen mit sozialdemokratischen Hinweisen darauf, daß dieser oder jener Verbesserungsantrag abgelehnt worden sei, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten Arbeiterverrat getrieben hätten mit der Zustimmung zu der neuen Reichsversicherungsordnung, daß die christlichen Arbeiter der aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft in den Rücken fielen, wenn sie ihre Stimmen für eine sozial fortschrittliche bürgerliche Partei abgaben, statt für die Sozialdemokraten zu stimmen. Vielmehr werden dann unsere christlichen Arbeiter durch die Klarlegung der von ihnen vertretenen allein sachlichen und erfolgreichen Politik die Sozialdemokratie in eine Verteidigungsstellung bringen, in der sie sich sehr wenig wohl fühlt. Die christlichen Arbeiter können eben darauf hinweisen, daß sie von Anfang an all die 40 Jahre hindurch die deutsche Reichspolitik unterstützt und gefördert haben, der es zu verdanken ist, wenn auch die sozialdemokratischen Arbeiter von einem so günstig entwickelten deutschen Wirtschaftsleben mitzehren, das ihnen möglich macht, die Arbeitszeit zu verkürzen und ihre Löhne zu erhöhen. Die christlichen Arbeiter können mit Nachdruck betonen, daß sie durch ihren Einfluß auf die bürgerlichen Parteien diese mitbestimmt haben, die Sozialpolitik Jahrzehnt um Jahrzehnt weiter zu entwickeln, die den Sozialdemokraten so viel Wert ist, daß sie überall Arbeitersekretariate errichten, um in Streitfällen in den Genuß dieser sozialpolitischen Fortschritte zu gelangen, daß sie mit Hand und Fuß sich wehren würden, wenn man auch nur eines unserer sozialen Gesetze wieder abschaffen wollte. Damit gibt die Sozialdemokratie selbst die Widersinnigkeit ihrer bisherigen Politik zu, die nur dann einen Sinn haben könnte, wenn es in der Politik auf große Worte machen und auf Popularitätshäckerlei ankäme. Wir aber wissen, daß es sich in der Politik um ganz andere Dinge handelt, nämlich um die Lebensfragen des deutschen Volkes und der aufwärtssteigenden deutschen Arbeiterschaft. Mitwirken an der Staatspolitik heißt den Anspruch erheben, das nach Milliarden zählende Nationalgut des Deutschen Reiches wahren und mehr zu helfen und es mit zu verwalten zum Wohle von 65 Millionen Deutschen, die mit Leib und Leben von dessen guter Verwaltung abhängen.

A. P.

Nicht der ist auf der Welt verwasst,
dessen Vater und Mutter gestorben,
sondern der für Herz und Geist
keine Lieb' und kein Wissen erworben.

Rückert.

„Berichte aus den Ortsgruppen.“

Schon bei der Besprechung der Aufgaben der in allen Ortsgruppen zu veranstaltenden Generalversammlungen in Nr. 51 der „Textilarbeiter-Zeitung“ wurde darauf hingewiesen, daß es durchaus angebracht sei, auch einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die Entwicklung der Ortsgruppe an die Redaktion unseres Verbandsorgans einzusenden. Von einem Teil unserer Ortsgruppenvorstände geschieht es ja auch, aber nur von verhältnismäßig wenigen. Und die Zuschriften selbst erfüllen in den allermeisten Fällen ihren Zweck nicht, weil sie durchweg nichts anderes sind als leere, nichtsagende Wiedergaben des äußeren Verlaufs der Versammlungen. Das veranlaßt uns, in Kürze einige Winke und Anregungen zu geben für alle diejenigen, deren Pflicht es ist, für unsere Verbandszeitung zu schreiben.

Wir haben in unserem Verbandsorgan eine Rubrik „Berichte aus den Ortsgruppen“. Sie ist, allerdings ohne Schuld der Redaktion, bislang etwas stiefmütterlich weggekommen. Zu welchem Zwecke ist diese Rubrik eingeführt worden? Sie soll, wie schon der Titel andeutet, das Leben und Arbeiten, die Freuden und Leiden, kurz: das ganze Verbandsleben in unseren Ortsgruppen widerspiegeln. In ihr sollen unsere Ortsgruppen einander näher geführt werden, indem sie sich gegenseitig ausprechen, sich gegenseitig Anregungen und Winke geben, ihre Erfahrungen wiedergeben. So hat die Rubrik eine große agitatorische und organisatorische Bedeutung.

Aber sie hat auch einen großen erzieherischen Wert. Sie kann zur Weckung des gewerkschaftlichen Interesses und der gewerkschaftlichen Einsicht der lauen und lässigen Mitglieder viel beitragen. Es ist verständlich und nahelegend, daß zahlreiche Mitglieder die Zeitung zuerst daraufhin untersuchen, ob sie auch etwas aus dem Heimatsorte vermeldet und dann zur Lektüre des übrigen Teiles übergehen. Die ihn unmittelbar angehenden Dinge interessieren ja jeden am meisten. Ein Teil der Mitglieder aber — und wer wollte behaupten, daß es ein ganz geringer wäre — läßt es bei dieser Untersuchung bewenden; er liest aus Interesse, aus geistiger Bequemlichkeit in der Zeitung nur das, was aus seiner Ortsgruppe geschrieben wird. Das sind die Versammlungswörter, die allzeit Leitnahmslos, diejenigen, die keine Opfer bringen mögen, denen jede tiefere gewerkschaftliche Erkenntnis abgeht, deren A und O des gewerkschaftlichen Interesses Lohnbewegungen und Unterstützungseinrichtungen sind. Diese Leute, die Sorge und Last unserer wackeren Vertrauensmänner, die keinen inneren Anteil an unserer Bewegung haben, die interessiert in der Zeitung nur, was „von uns drin steht“.

Man wollen wir vor der schweren Arbeit nicht zurückschrecken, auch diese Leute zu uns empor zu ziehen, sie langsam in die Reihen unserer streitenden Mitglieder einzuführen. Und bei dieser Arbeit kann unsere Zeitung mit ihrer Rubrik „Berichte aus den Ortsgruppen“ sehr gute Dienste leisten. „Kommt der Prophet nicht zum Berge, dann muß der Berg zum Propheten kommen“, sagt ein altes orientalisches Sprichwort, das wir uns jungermäßig zu eigen machen müssen. Wir müssen einmal durch den Vertrauensmann, dann aber durch unsere Zeitung zu den Leuten hinkommen, die niemals zu uns kommen wollen. Da soll die Rubrik „Berichte aus den Ortsgruppen“ ihrer Aufgabe gerecht zu werden versuchen, indem sie diesen Mitgliedern tropfenweise die „Milch der gewerkschaftlichen Denkart“ einzugeben versucht.

Aber das kann sie nur bei geeigneter Ausstattung, die ihr bislang im allgemeinen noch abging. Jeder gibt sie heute ein wirkliches Bild von dem Leben und Wirken in unseren Ortsgruppen, weder führt sie die einzelnen Ortsgruppen in dem eingangs angedeuteten Sinne näher, noch wirkt sie erzieherisch auf die gekennzeichneten Mitglieder.

Was bringt sie denn heute? Durchweg sich alle gleichlautende, nichtsagende Versammlungsberichte. Einige Ortsgruppen machen ja mit ihren Einsendungen eine erfreuliche Ausnahme, aber die weit übergroße Mehrzahl bringt entweder gar nichts oder nur Versammlungsberichte. Deshalb erfüllt unsere Rubrik im allgemeinen nicht allein ihren Zweck nicht, nein, diese Berichte wirken veröden und verflachend auf den Leser, sie nähren die gewerkschaftliche Bedürfnislosigkeit der eben gekennzeichneten Mitglieder.

Unsere Ortsgruppenvorstandsmitglieder müssen deshalb ein größeres Gewicht auf ihre Einsendungen für das Verbandsorgan und auf den Verkehr mit der Redaktion überhaupt legen. Alle Ortsgruppen ohne Ausnahme müssen Wert darauf legen, daß im Laufe des Jahres hin und wieder etwas von ihnen im Verbandsorgan zu lesen ist. Nur muß es gut und gediegen sein. Veranlassung, eine Notiz zu schreiben, ist oft genug vorhanden. Hier ist ein Fabrikbrand gewesen. Ein gutes Motiv zu einer Notiz unter Hinweis auf unsere Arbeitslohnunterstützung. Dort passierte einem Kollegen ein Unfall bei der Arbeit. Man kann da auf die Gefahren des Fabriklebens, auf die Unfallverhütungsvorschriften, auf die Unfallversicherung, aber auch auf die Notwendigkeit des

gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und auf unsere Verbands-Unfallunterstützung hinweisen. Hin und wieder können die Verhältnisse innerhalb der Ortsgruppe, vielleicht auch die Zustände in diesem oder jenem Betrieb, der Geschäftsgang, dann auch das Verhalten der Genossen geschildert werden. Die Fragen des Wohnungswesens geben einen guten Vorwand zu einer Notiz für das Verbandsorgan. Die Mannigfaltigkeiten des Lebens bieten hundertlei Anlaß, um eine kurze, mit erzieherischer Tendenz abgefaßte Notiz zu schreiben. Einen Dienst erwiesen die Mitglieder der Redaktion und unserer Verbandsfachauch, wenn sie besonders wichtige und geeignete Notizen, die in ihrer Lokalpresse erscheinen, der Redaktion einsenden. Vielleicht kann sie sofort oder später in Verbindung mit anderen Sachen fürs Organ verarbeitet werden oder sie gibt Material für unsere Registrierung. Es wäre dringend zu wünschen, daß von diesem Anlaß zur Mitarbeit für unser Verbandsorgan die Ortsgruppenvorstände mehr als bisher Gebrauch machten.

Nun soll damit nicht gesagt sein, daß die Versammlungsberichte ganz aus der Zeitung verschwinden sollen. Nein, durchaus nicht. Aber die Schreiber der Berichte mögen sich nicht auf eine Wiedergabe ganz unwichtiger, höchst langweiliger Dinge beschränken. Daß die Versammlung eröffnet und geschlossen, daß das Protokoll verlesen und dem Kassierer Entlastung erteilt wurde, sind selbstverständliche und für einen Zeitungsbericht höchst überflüssige Dinge. Jede Notiz soll nach Möglichkeit eine erzieherische, agitatorische Tendenz haben und Anspruch auf das Interesse des ganzen Lesepublikums machen können. Das gilt besonders für die Generalversammlungsberichte. Sie müssen ein Bild von der Tätigkeit und Entwicklung der Ortsgruppe im verflochtenen Jahre geben, welche Erfolge zu verzeichnen sind, welche Einrichtungen und Mittel getroffen wurden zur Gewinnung und Erziehung der Mitglieder usw. Daß dieser oder jener Kollege wieder in den Vorstand gewählt wurde und die Wahl dankend annahm, ist gar keine Tat, die das Interesse der Mitglieder der übrigen Ortsgruppen wert ist. Dabei kann doch ein Wort des Dankes und der Anerkennung für dieses oder jenes Mitglied mit in den Bericht eingeflochten sein.

Bei der Abfassung der Notizen müssen unsere Kollegen etwas mehr Sorgfalt anwenden: keine Berichte auf Postkarten enge ineinander krängeln, nicht mit Klebefeder schreiben, einen breiten Rand für die Korrekturmerkmale frei lassen und nie beide Seiten des Papiers beschreiben. Im übrigen wird kein Mensch verlangen wollen, daß die Zuschriften gleich druckfertig seien. Die Redaktion wird schon so lange feilen und schleifen, bis sich der Bericht im Organ sehen lassen kann.

Auf eins sei nur noch hingewiesen. Von 100 Versammlungsberichten beginnen 95 mit dem Satze: „Am so und sovielten fand unsere Versammlung statt.“ Der Redaktion wäre viel Arbeit gespart, wenn da unsere Kollegen etwas mehr Bestreben auf Originalität an den Tag legen würden. Kürzlich fing ein Versammlungsbericht so an:

„Mit einer blendend weißen Decke hatte der erste Schnee Feld und Wiese überzogen. Es tut uns Kunde von der Herrschaft des Winters mit seinen kurzen Tagen und langen Abenden. Aber der Winter ist uns ein treuer Gefährte, denn er gibt uns Gelegenheit zur gewerkschaftlichen Arbeit. Sie wurde eingeleitet durch eine öffentliche Versammlung am usw.“

Eine solche Ueberleitung zum Bericht über eine Versammlung ist originell und reizt zum Lesen. Oder eine andere Einleitung aus einem Bericht einer Ortsgruppe in Westfalen:

„Der eine rechte Freude an der Gewerkschaftsarbeit haben will, muß unsere Bewegung in ihrem richtigen Sinne begriffen haben. Wir müssen zu unserem Verbands in innerlicher Beziehung stehen, dann werden wir ihn lieben, für ihn opfern und wirken können. Diese Gedanken standen im Vordergrund des Referates, das uns Kollege C. in unserer Versammlung von usw.“

So gibt es hundertlei Einleitungen, die ganz von selbst zu der Versammlung hinführen.

Wenn alle unsere Mitglieder, die für das Verbandsorgan schreiben, die hier gegebenen Winke und Anregungen beachten, dann wird unsere Rubrik „Berichte aus den Ortsgruppen“ zu einer Bereicherung des ganzen Inhalts unserer Zeitung erheblich beitragen und ein wirksames Mittel in der Erziehung und Bildung unserer Mitglieder sein. Arbeiten wir alle mit ganzem Können darauf hin.

Das neue Hausarbeitsgesetz.

Unter den sozialpolitischen Gesetzen, die der Reichstag noch kurz vor seinem Auseinandergehen angenommen hat, ist das Hausarbeitsgesetz eines der wichtigsten. Um dieses Gesetz ist ein jahrelanger Kampf geführt worden. Noch zu Beginn des vergangenen Jahres, im Januar, wurde in Berlin ein Heimarbeitertag abgehalten, auf dem die mannigfachen Mißstände, das tiefergehende Elend, in dem die große Masse der Heimarbeiter sich befindet, aufgedeckt und praktische Vorschläge für das schon damals in Aussicht genommene Gesetz gemacht wurden. Die Hauptforderungen gipfelten in dem Verlangen, Lohnämter zu schaffen mit der Befugnis, die Löhne festzusetzen,

ferner den Registrierzwang einzuführen, die Verpflichtung, Lohn Tabellen auszuhängen und verschiedene gesundheitliche Vorschriften zu erlassen. Das neue Gesetz erfüllt die erstgenannte Forderung nicht. Das ist sehr bedauerlich, weil gerade die Lohnämter geeignet gewesen wären, eine durchgreifende Besserung der Verhältnisse in der Heimindustrie zu bringen. Wenn auch das neue Gesetz darin versagt hat, so werden wir doch nach wie vor laut und eindringlich unsere Stimme erheben, und von der Gesetzgebung verlangen, daß ein weiterer Ausbau des Hausarbeitsgesetzes erfolgt und die Lohnämter vorgeschrieben werden.

Der Annahme des Gesetzes ging ein heißer Kampf voraus. Eine besonders nachdrückliche Gegenaktion wurde von den Unternehmerorganisationen eingeleitet. Bekanntlich ist deren Einfluß heute noch sehr gewaltig. Die Arbeiterschaft sollte sich noch viel mehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Millionen unorganisierter Arbeiter nicht nur die Durchführung gewerkschaftlicher Aktionen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse behindern und abschwächen, sondern daß ihre Interessenlosigkeit auch die Stützkraft bei gesetzgeberischen Forderungen vermindert. Daraus geht schon hervor, wie wichtig die bloße Zugehörigkeit zur Organisation für die Durchsetzung von allgemeinen Arbeiterforderungen ist. Es ist also falsch, die Mitgliedschaft nur von dem einen Gesichtswinkel des zunächst greifbaren eigenen Vorteiles zu beurteilen. Wenn es durch die immer größer werdende Zahl der Mitglieder, die immer größer werdenden Erweiterungen des Ringes organisierter Arbeiter gelingt, gesetzgeberische oder sonstige allgemeine Vorteile für die Arbeiter heranzuschlagen, kommt dadurch, daß der ganze Stand wieder eine Stufe emporsteigt, das auch jedem Einzelnen zugute. Gesetze kommen immer auf dem Wege des Kompromisses zustande. So leibig das manchmal sein mag, so kommt man nun einmal an dieser Tatsache nicht vorbei. Keine Partei kann hartnäckig ihre Anschauung allein durchsetzen. Die Parteien müssen sich auf einem mittleren Wege einigen. Dazu kommt noch, daß die Sozialdemokratie durch ihre Haltung zum Etat und zu staatspolitischen Fragen, durch ihre sonstige Draufgängerpolitik sich selbst von der praktischen Gesetzgebungsarbeit ausschaltet. Sie wird und kann mit ihren Anträgen nicht mehr ernst genommen werden. Auch ihre Haltung bei dem verabschiedeten Hausarbeitsgesetz war den Interessen der Heimarbeiter nicht förderlich. Es ließe sich darüber sehr vieles sagen. Wir wollen nur auf die Widersprüche hinweisen, in die sie sich dabei verwickelt hat. Bekanntlich erstreben die Sozialdemokraten die vollständige Beseitigung der Heimarbeit. Mehrfach wurde das von ihnen auch schon hervorgehoben. Die Lohnämter sind aber nun zweifellos geeignet, die wirtschaftliche Kraft der Heimarbeiter zu heben und sie damit mit der Hausarbeit zu befreunden. Die Sozialdemokraten betonten nun wiederholt, daß die anderen Bestimmungen des Gesetzes den Heimarbeitern nur Lasten aufzulegen, die sie noch mehr dem Elend ausliefern, um trotzdem selbst im nächsten Augenblick noch viel weitergehende Anträge zu stellen, die den Betroffenen noch viel mehr Schwierigkeiten bereiten müßten.

Das Gesetz selbst bestimmt im § 1 diejenigen Betriebe, für die das Gesetz Anwendung finden soll. Dazu gehören diejenigen nicht, in denen jemand ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt und solche, in denen ein oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein. Auf Antrag der Kommission sollten nach einem Bericht des Organs des christlichen Holzarbeiterverbandes, dem wir diesen Artikel entnehmen, auch solche Werkstätten von dem Gesetz ausgenommen bleiben, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird. — Von großer Wichtigkeit sind die Paragraphen 3 und 3a. § 3 lautet in der Kommissionsfassung:

„In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß . . . den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohn Tafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für neu einzurichtende Muster gilt diese Bestimmung nicht. Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbezweige oder Betriebsarten auf Antrag Beteiligten Ausnahmen gewähren. Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise bekanntgegeben werden. Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht und zu Kenntnisnahme vorgelegt.“

Die Bestimmung, daß die Auslage von Lohnverzeichnissen für neue Muster nicht erforderlich sein soll, wurde heiß umstritten. Hier wurde zu Gunsten des Kommissionsbeschlusses geltend gemacht, daß die Anfertigung neuer Muster meistens viel besser bezahlt werde, und daß diese Arbeiter bei Einfügung der Bestimmung sich schlechter stellen würden. Der § 3 wurde auf Antrag Giesberts nun dahin abgeändert, daß statt „für neu einzurichtende Muster“ gesagt wird „für die Ausarbeitung neuer Muster“. Das schränkt die Bestimmung bedeutend ein, so daß die neuen Muster nach ihrer ersten Ausarbeitung ebenfalls unter die Vorschrift des Lohnaushänges fallen.

Der wichtigste Paragraph des Gesetzes ist derjenige, der die Einführung von Fachauschüssen verlangt. Die Fachauschüsse sind statt der Lohnämter in das Gesetz aufgenommen worden. Die Fachauschüsse zählen zu ihren Aufgaben die Stellung von Anträgen, die Erstattung von Gutachten, an die Staats- und Gemeindebehörden, die Anregung von Veranstaltungen und Maßnahmen zwecks Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter und die Förderung von Tarifverträgen.

Auf Ersuchen der Staats- und Gemeindebehörden sollen die Sachausschüsse in geeigneter Weise insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter, sowie von Auskunftspersonen die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung eines angemessenen Entgeltes machen.

Eine weitere Bestimmung des Kompromißantrages bezieht sich auf die Zusammensetzung der Sachausschüsse. Diese setzen sich zusammen zur Hälfte aus Vertretern, die von der Landeszentralbehörde ernannt werden und zur anderen Hälfte aus Personen, die von den ernannten Vertretern gewählt werden, und zwar ist die Besetzung, abgesehen von dem Vorsitzenden, der weder Gewerbetreibender noch Arbeiter sein darf, eine paritätische. Insofern Hausarbeiterinnen in großer Anzahl beschäftigt werden, müssen sie auf Seiten der Hausarbeiter angemessen vertreten sein.

Wir haben nun schon oben dargelegt, daß wir die Forderung nach Lohnämtern hochhalten. Die „Sachausschüsse“ haben selbstverständlich bei weitem nicht die Bedeutung, wie die Lohnämter. Nichtsdestoweniger wäre es verfehlt, sie im Hauch und Bogen abzulehnen. Es wird Aufgabe der sozial interessierten Kreise und besonders unserer Organisation sein, einmal dahin zu wirken, daß diese Sachausschüsse lebensfähig zusammengesetzt werden und dafür gesorgt wird, daß ihre Wirksamkeit keine unfruchtbare bleibt und dann weiter, soweit dies nicht zu erreichen ist, der Reichstag weiterhin mit der Frage beschäftigt wird. Wir halten es immerhin schon für einen bedeutenden Fortschritt, daß durch dieses Gesetz die Heimarbeitverhältnisse mehr an das Licht der öffentlichen Kritik gezogen werden. Dadurch wird die weitere Öffentlichkeit aufmerksam und damit schon ein großer Anstoß gegeben, daß die bessernde Hand angelegt wird.

Es wird sich nun in der Praxis zeigen müssen, welche Vorteile das neue Gesetz den Heimarbeitern bringt. Es den Heimarbeitern in unserem Berufe nutzbar zu machen, wird unsere wichtigste Aufgabe sein müssen. Dazu gehört aber ein unermüdlicher Ausbau des Verbandes, unaufgegebene Werbearbeit unter den Heimarbeitern, dann werden auch weitere gesetzgeberische Maßnahmen leichter und wirksamer durchgeführt werden können.

Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft in der Reichsversicherungsordnung.

Nach den Gesetzesbestimmungen der alten Invalidenversicherung war es jedem Versicherten möglich, beim Ausscheiden aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung sich durch freiwillige Weiterversicherung die Leistungen der Invalidenversicherung zu vergewissern. Bei der freiwilligen Weiterversicherung war die Höhe des zu entrichtenden Beitrages ausschließlich der Wahl des Versicherten überlassen. Es mußten nur Marken derjenigen Landesversicherungsanstalt verwendet werden, in deren Bezirk der betr. beschäftigt oder unbeschäftigt wohnhaft war. Die freiwilligen Beiträge konnten auf ein ganzes Jahr zurück geleistet werden. Diese Bestimmungen sind mit in die Reichsversicherungsordnung übernommen worden, gelten also auch nach der Abänderung der Invalidenversicherung.

Es gab aber noch eine zweite Art der freiwilligen Versicherung, und zwar die der freiwilligen Erneuerung der Versicherung. Bekanntlich erlischt die sogenannte Anwartschaft — das ist der Anspruch auf die Leistungen — in der „alten“ sowohl als in der „neuen“ Invalidenversicherung, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte bezeichneten Ausstellungstage weniger als zwanzig Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Nun waren aber in solchen Fällen nicht die Rechte unter allen Umständen rettungslos verloren, vielmehr war eine Zurückverlangung des Verlorenen möglich und zwar infolge Eintretens in eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder auch durch eine freiwillige Erneuerung der Versicherung. Während nun nach dem Invalidenversicherungsgesetz die Befugnis zur Erneuerung der Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung jeder noch nicht erwerbsfähigen Person gegeben war, ohne Rücksicht auf das Alter, hat die Versicherungsordnung Bestimmungen getroffen, die die freiwillige Erneuerung der Versicherung nach Erlöschen der Anwartschaft wesentlich erschweren. Diese Erschwerung hängt zusammen mit zahlreichen Vergünstigungen, die durch die neue Witwen- und Waisenversicherung gewährleistet sind. Wir haben bereits im vorigen Jahre auf diese Veränderungen hingewiesen, um unsere Mitglieder oder vielmehr deren Angehörige vor Nachteilen zu bewahren. Hoffentlich haben unsere Ausführungen genügend Beachtung gefunden. In der Reichsversicherungsordnung ist die Sache wie folgt geregelt.

„Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und darnach eine Wartezeit von zweihundert Beitragswochen zurückgelegt.“

Hat der Versicherte bei der Wiederaufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder bei der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses durch freiwillige Beitragsleistung das sechzigste Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens Tausend Beitragsmarken verwendet hatte.

Hat der Versicherte das vierzigste Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung

nur auf, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens fünfhundert Beitragsmarken verwendet wurden und darnach eine Wartezeit von fünfhundert Beitragswochen zurückgelegt.“

Aus diesem Paragraphen ist also festzuhalten: Wer unter vierzig Jahre alt ist, erhält die verloren gegangene Anwartschaft wieder, wenn er infolge einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder infolge freiwilliger Erneuerung des Versicherungsverhältnisses wieder zweihundert Beitragswochen zurückgelegt hat.

Die über vierzig Jahre alte Person kann die verloren gegangene Anwartschaft wieder erlangen, wenn sie infolge einer versicherungspflichtigen Beschäftigung „wie die unter vierzig Jahre alten“ wieder zweihundert Beitragswochen zurücklegt. Will sie die Anwartschaft wieder erlangen durch freiwillige Versicherung, dann muß sie vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens fünfhundert Beitragswochen verwendet haben. Hat sie die nicht, dann ist ein Wiederaufleben der Anwartschaft überhaupt gänzlich ausgeschlossen. Hat sie aber die Voraussetzungen erfüllt, dann leben die alten Rechte wieder auf, wenn auf Grund der neuen freiwilligen Versicherung mindestens fünfhundert Beitragswochen zurückgelegt sind.

Eine noch ärgere Erschwerung der Wiedererlangung der Anwartschaft ist für die über sechzig Jahre alten Personen in dem angeführten Paragraphen enthalten. Während die von vierzig bis 60 Jahre alte Person bei einer Versicherungspflicht bereits nach 200 Beitragswochen ihre Anwartschaft wieder erhält, ohne Rücksicht auf die vorher geleisteten Beiträge, und durch freiwillige Versicherung, wenn vor Erlöschen der Anwartschaft 500 Beiträge geleistet und auf Grund der neuen Versicherung wieder 500, ist der über sechzig Jahre alte Person die Wiedererlangung verloren gegangener Rechte auf Grund der Versicherungspflicht oder der freiwilligen Beitragsleistung nur dann möglich, wenn vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens tausend Marken geleistet waren und auf Grund des neuen Versicherungsverhältnisses mindestens 200 Wartezeiten zurückgelegt sind.

Um es nochmals kurz deutlich zu machen:

1. Durch eine neue Beitragsleistung auf Grund einer Pflichtversicherung können alle Personen, die das sechzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ihre Anwartschaft nach einer Wartezeit von 200 Beitragswochen wieder erlangen.

2. Die das vierzigste Lebensjahr bereits überschritten aber das sechzigste noch nicht vollendet haben, können ihre Anwartschaft wieder erlangen auf Grund der freiwilligen Versicherung, wenn sie vor Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Marken geleistet und nach der Erneuerung des Versicherungsverhältnisses wieder fünfhundert Beitragswochen zurückgelegt haben.

3. Die das sechzigste Lebensjahr vollendet haben, können die Anwartschaft nur dann wieder erlangen, wenn sie vor Erlöschen derselben mindestens tausend Beitragswochen zurückgelegt hatten. Trifft das zu, leben die früher erworbenen Rechte wieder auf, wenn sie 200 Beiträge geleistet haben. Ein Unterschied zwischen freiwilliger oder pflichtgemäßer Versicherung ist hier nicht gemacht.

Vorstehendes gilt selbstverständlich nur für das Wiederaufleben einer erloschenen Anwartschaft. Auch nach der Reichsversicherungsordnung können erwerbsfähige Versicherte nach Zurücklegung einer neuen Wartezeit (200 respektive 500 Beitragswochen) einen Anspruch auf Rente usw. erlangen, die vor dem Erlöschen der Anwartschaft verwendeten Beiträge werden aber, wie gesagt, nur unter den obigen Voraussetzungen bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Sehr wichtig ist für die Uebergangszeit die Bestimmung des Art. 74 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung. Hat hiernach ein Versicherter, dessen Anwartschaft erloschen ist, vor dem 1. Januar 1912 sowie bis zum 31. Dezember 1912 wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen — und selbstredend Marken verwendet — oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert, so gelten für das Wiederaufleben der Anwartschaft die Vorschriften des § 46 Abs. 4 Z. 3. weiter, solange nicht die Anwartschaft abermals erlischt. In diesem Falle finden also die verschärften Vorschriften des § 1283 keine Anwendung; es ist auch nicht erforderlich, daß die Wartezeit des § 46 Abs. 4 von 200 Wochen bis zum 31. Dezember 1912 schon erfüllt sein muß.

Die Verschärfung der Bestimmungen über das Wiederaufleben der Anwartschaft durch freiwillige Versicherung zeigt, wie wesentlich es für die Versicherten ist, die Bestimmungen über die freiwillige Versicherung genau zu beachten und von ihr rechtzeitig Gebrauch zu machen. An einer einzigen Marke kann sich jetzt mehr wie früher das Schicksal der Rente hängen.

Allgemeine Rundschau.

Beendigung der Tabakarbeiterausperrung. Zu Anfang der vorigen Woche hat die große Tabakarbeiterausperrung in Westfalen und Norddeutschland ihr Ende gefunden.

Dieser große Kampf hat fast ein Vierteljahr angebauert und wurde von beiden Seiten mit der größten Ausdauer und Hartnäckigkeit geführt. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß hier um ein großes Ziel gekämpft wurde. Wenn auch der äußere Anlaß sehr geringfügiger Natur war, so kam in dieser, von den Arbeitgeberern verhängten Aussperrung doch der allgemeine Entwicklungsgang zum Ausdruck. In der Tabakindustrie haben sich die Unternehmer erst in den letzten Jahren zusammengeschlossen. Der „Westfälische

Fabrikantenverband“ gehört zu den bestorganisierten in diesem Berufe. Der Kampf war also eine Begleiterscheinung der organisierten Entwicklung im Tabakgewerbe. Dem Abschluß der Aussperrung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von dem Landrat in Minden, Herrn Dr. Cornelius mit großem Geschick geführt wurden. Das Endergebnis ist so ausgefallen, daß die Tabakarbeiter mit dem Erfolg sehr zufrieden sein können.

Die Aussperrung war unternommen worden, um die in zwölf Betrieben streikenden Arbeiter zu zwingen, unter den vom Fabrikantenverband diktierten Bedingungen wieder in die Betriebe zu gehen. Nunmehr sind in diesen Betrieben eine ganze Anzahl von Freiwilligen gemacht worden und darüber hinaus ist in Aussicht genommen, daß bis zum Frühjahr die Fabrikanten der Regelung der Lohnfrage näher treten, so daß also nicht nur die streikenden Arbeiter in den Genuß von Verbesserungen gelangen sollen, sondern auch die ausgesperrt Gewesenen. Dazu kommt, daß nicht nur die beachtlichste Schwächung der Organisation nicht erreicht worden ist, sondern es sind ganz gewaltige Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden. So stellt sich dieser Erfolg der Tabakarbeiter, an dem der christliche Tabakarbeiterverband hervorragenden Anteil hat, als ein bedeutender Schritt vorwärts dar. Die christlichen Tabakarbeiter sprechen allen Kollegen anderer Berufe, die zum Gelingen des großen Kampfes beigetragen haben, ihren wärmsten Dank aus.

Die christliche Gewerkschaftspresse zählt im ganzen 28 Organe, darunter das vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften als Hauptorgan für die Vorstände und Vertrauensleute herausgegebene Zentralblatt, und vier fremdsprachige Blätter, je eines in italienischer, französischer, holländischer und polnischer Sprache. Die meisten Organe erscheinen wöchentlich, das Zentralblatt und mehrere andere Blätter alle 14 Tage, einige vorläufig noch monatlich. Die Gesamtauflage der christlichen Gewerkschaftspresse dürfte zur Zeit circa 450000 betragen. Mit Beginn des neuen Jahres erscheinen die Keramik- und Steinarbeiter-Zeitung, Organ der Glas-, Porzellan-, Ton-, Ziegelei- und Steinarbeiter, und die Baugewerkschaft, Organ der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter etc., in neuem Gewande, letztere im achtfelligen, statt bisher vierseitigen Format. Die fortschreitende Entwicklung der christlichen Gewerkschaften kommt in der Ausgestaltung ihrer Presseorgane deutlich zum Ausdruck.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Für die christlichen Gewerkschaften ist das Jahr 1911 ein recht bewegtes gewesen. Wir haben schon in unserer Zeitung auf die zum Teil bedeutenden Kämpfe hingewiesen, die unser christlicher Textilarbeiterverband im vergangenen Jahre zu führen hatte. Ueber die Verhältnisse in der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung schreibt das „Zentralblatt“ in einem Rückblick auf das Jahr 1911 also:

„Eine ganze Anzahl unserer christlichen Berufsverbände sind in größere Bewegungen und Kämpfe verwickelt worden. Im Spätherbst setzte unter den Ruhrbergarbeitern eine Bewegung zwecks Lohnerhöhung ein, die von der sozialdemokratischen Richtung nach Kräften für wahlpolitische Zwecke auszunutzen versucht wurde; eine bedenkliche Taktik, die auf den Erfolg der gewerkschaftlichen Bestrebungen nur hemmend einwirken kann. — Der christliche Metallarbeiterverband mußte in einer ganzen Anzahl Orte langwierige Kämpfe ums Koalitionsrecht führen. In der Metallindustrie finden sich wohl noch die zahlreichsten Unternehmer, die das gesetzliche Recht des Zusammenschlusses, von dem sie selbst den ausgiebigsten Gebrauch machen, durch brutale Gewaltmaßnahmen ihren Arbeitern zu beschneiden suchen.“

Ein äußerst kampfreiches Jahr haben die christlich organisierten Tabakarbeiter hinter sich. Im August-September war der Verband in eine größere Aussperrung am Niederrhein verwickelt. Kaum war diese Bewegung — erfreulicherweise mit einem beachtenswerten Teilerfolg für die Arbeiter — beigelegt, kam es in Westfalen Lippe zum Kampf, schließlich zur Aussperrung von 1400 Arbeitern und Arbeiterinnen, von denen nahezu 2000 Mitglieder des christlichen Verbandes sind. Dieser schwere, von beiden Seiten mit der größten Hartnäckigkeit geführte Kampf ist bis zum Jahreswechsel noch nicht beigelegt. Hoffentlich werden die zur Zeit geführten Verhandlungen von Erfolg begleitet sein.

Ein äußerst schweren Kampf grundsätzlicher Art mußte der Gutenbergbund im vergangenen Jahre um seine Anerkennung und Gleichberechtigung in der Buchdruckertarifgemeinschaft führen, und zwar nicht etwa gegen Unternehmer, sondern gegen eigene Standes- und Berufsgenossen, gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation. Das ist das bezeichnende und widerwärtige an der Sache. Bei der letztjährigen Tariferneuerung sind die berechtigten Ansprüche des Gutenbergbundes an dem schroff ablehnenden Verhalten der sozialdemokratischen Verbandsvertreter gescheitert; aber Ruhe wird im Buchdruckgewerbe solange nicht eintreten, bis die Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Verbandes in den Tarifinstitutionen gebrochen ist und erträgliche Zustände im Buchdruckgewerbe geschaffen sind.

Ungeachtet aller Segner von rechts und links und sonstiger Schwierigkeiten hat die christliche Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre wieder einen großen Schritt vorwärts gemacht. Die meisten der christlichen Berufsverbände haben ihre Mitgliederzahlen erheblich steigern können. Allzu optimistische Hoffnungen sind allerdings nicht in Erfüllung gegangen. Im ersten

Solljahr war ein rapider Aufschwung zu verzeichnen, leider in der zweiten Jahreshälfte nicht angehalten, vielmehr einer Stagnation Platz gemacht hat. Die politischen Wirren und die allerwärts einsetzenden Wahlkämpfe haben zweifellos die gewerkschaftliche Agitation beeinträchtigt. Immerhin ist das Fazit des vergangenen Jahres für die christlichen Gewerkschaften ein erfreuliches. Nach einer vorläufigen Uebersicht beträgt die Mitgliederzunahme der im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vereinigten Verbände 30—35 000. Sobald der Wahlkampf zum Reichstag beendet ist, muß wieder auf der ganzen Linie die Agitationsarbeit lebhaft und befruchtet werden. Die verschiedensten Ergebnisse und Vorkommnisse im vergangenen Jahr haben die unbedingte Notwendigkeit einer christlichen Gewerkschaft mit kaum zu überbietender Schärfe erwiesen. Das ist für jeden, der sich seiner großen Verantwortung bewußt ist, gleichbedeutend mit der entschiedensten Mahnung zum Aufgebot aller Kräfte für die Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung."

Masse und Führer. Ueber "bedenkliche Erscheinungen" innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen klagt das "Correspondenzblatt" der General-Kommission der "freien" Gewerkschaften in seinem Jahresrückblick. Es meint damit die wiederholt zutage getretene Disziplinlosigkeit der Massen beim Abbruch von Bewegungen und Kämpfen, die sich in offener Opposition und Beschimpfung der Führer äußerte. Das genannte sozialdemokratische Organ gibt selbst zu, daß sich diese Fälle "geradezu häufen":

"Mehrfach sind in Versammlungen, die über die ernstesten Situationen zu entscheiden hatten, die Leiter und Angestellten der Organisation aus der Mitte der Versammelten in größlicher Weise beschimpft, des Verrats und der Bestechung bezichtigt und sogar niedergeschrien worden. Dabei handelt es sich um das Vorgehen turbulenter Elemente gegenüber Kollegen, die in ihrer Berufsorganisation eine Lebensarbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet haben, die das Vertrauen der Kollegenschaft zu ihrem Posten herbei und die auch heute noch unzweifelhaft das volle Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegenschaft genießen. Ein unfähig bitteres Gefühl muß sich dieser Arbeitervertreter bemächtigen, die gerade in der verantwortungsvollsten Stunde ihres Lebens, wo von ihrem ehelichen Rat die Lebensinteressen von Tausenden und das Interesse des ganzen Verbandes abhängt, schutzlos solchen Verunglimpfungen preisgegeben sind."

Angeichts solcher Erscheinungen sei es zu verstehen, wenn das Problem der "Massen und Führer" in ernsthafte Erwägung gezogen und die Entscheidung über den Abschluß von Kämpfen mehr und mehr dem Votum zufällig zusammengesetzter Versammlungen entzogen würde. Je mehr sich dieser "Unfug der Verunglimpfungen und Anpöbelungen" gegenüber Verbandsvertretern in Versammlungen breitmache, desto entschiedener sei darauf zu dringen, die Gewerkschaftsjahrgänge dahin zu regeln, daß nur Vertreterversammlungen über solche Situationen zu entscheiden hätten. Weiter mahnt das Blatt:

"Im übrigen kann nicht dringend genug geraten werden, ein wachsam Auge auf die anarchisierenden Elemente zu haben, die der Massenstrom von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl den Gewerkschaften zuführt und die mehr desorganisierend, zersetzend wirken. Schädigen sie das Gesamtinteresse der Organisation durch Hebe gegen die verantwortlichen Verbandsleiter und durch Beschimpfung derselben in Versammlungen, dann gehe man rück-

sichtslos gegen diese Leute vor, ehe es zu spät ist."

Das dürfte doch nicht so leicht sein. Diese "anarchisierenden Elemente" sind zweifellos vielfach alte Mitglieder und vor allem framme Parteigenossen. Gerade in den ältesten Domänen der Sozialdemokratie macht sich ja die Opposition gegen die Gewerkschaftsführer in erster Linie geltend. Das ist kein Zufall. Die Parteibonzen und vor allem die Parteipresse haben diese oppositionellen Elemente zu dem erzogen, was sie sind. Das Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführer ist ihnen systematisch suggeriert worden. Deswegen auch wird die "nachhaltige Erziehungsarbeit", die das "Correspondenzblatt" befürwortet, für die sozialdemokratischen Organisationen kein leichtes Stück Arbeit sein. Und selbst, wenn die von Parteivögen gegen die Gewerkschaftsführer gesponnenen Intrigen aufhört, die von der Partei- und Gewerkschaftspresse fortwährend betriebene Aufspaltung und Radikalisierung der Massen läßt eine vernünftige und besonnene Organisationsdisziplin nicht aufkommen. Dafür liefert der sozialdemokratische Textilarbeiterverband den sprechendsten Beweis.

Staatsbeamte und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat sich im jüngsten Wahlkampfe eifrig bemüht, auch die Beamten des Staates vor ihren Karren zu spannen. Im allgemeinen wird aber der Mühe Lohn sehr gering gewesen sein. Die sozialistischen Gedanken haben erfreulicher Weise in unserem deutschen Beamtentum nur sehr wenig Boden gefanden. Es steckt soviel politische Reife und gesunder nationaler und praktischer Sinn unter ihm, daß viele Beamtengruppen erkennen, daß sie der antinationalen, republikanischen Sozialdemokratie grundsätzlich keinerlei Unterstützung angedeihen lassen können und auch eine große Torheit begingen, wenn sie sich schließlich aus Verärgerung zur Abgabe eines roten Stimmzettels verleiten ließen. Mit der Wahlagitator verknüpft wurde von der Sozialdemokratie eine maßlose Heiße gegen die deutschen Staatsbeamten- und Staatsarbeiterverbände, die auf nationalem Boden stehen. Aus diesen Gründen heraus wurde fast gleichzeitig vom Vorstande des Verbandes der deutschen Staatsbeamtenvereine (Vorstand Herr Ministerialdirektor a. D. Just) und vom Vorstande des nationalen Arbeiterwahlausschusses eine Rundgebung aller nationalen Staatsbeamten und Staatsarbeiter gegen die Sozialdemokratie angeregt. Dem nationalen Arbeiterwahlausschusse gehören die evangelischen Beamten der christlichen Gewerkschaften und die Sekretäre der evangelischen Arbeitervereine an, Vorstand ist Kollege Guttsche-Elberfeld. Am letzten Sonntag vor der Wahl tagte in Berlin eine Konferenz von Vertretern deutscher Staatsbeamten- und Staatsarbeiterverbände. Nachfolgender Aufruf wurde beschlossen:

"Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reiches und der Bundesstaaten zur Wahlurne. Als freie Männer sollen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht ausüben. Gebunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet durch gereiften politischen Sinn. Daraus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein Dienstwehrt ihm schließlich die Wahl eines Gegners der bestehenden Staatsordnung. Man lasse sich durch Spiegelfechtere nicht irren führen. Eid bleibt Eid! Einbruch bleibt Einbruch! Wer den Dienstwehrt geschworen hat, kann also, solange er im Amte ist, einen Sozialdemokraten nicht wählen. Aber auch aus Gründen politischer Klugheit und Erfahrung gehört der sozialdemokratische Stimmzettel weder in

die Hand des Beamten noch des Staatsarbeiters; denn was ihnen auf religiösem, sittlichem und kulturellem Gebiete teuer und wert ist — die Sozialdemokratie will es zerstören. Was auch immer auf sozialem Gebiete für Arbeiter und Beamte errungen wurde — die Sozialdemokratie hat es zu verhindern gesucht oder durch unfruchtbare Politik erschwert. Arbeitern und Beamten hat sie stets nur Steine statt Brot, Versprechungen und Verstrickungen statt sozialer Taten, Verheißung statt Befriedigung geboten. Blind und taub für die politischen Forderungen des Tages verweigert sie grundsätzlich dem rings von Feinden umgebenen Vaterlande den nötigen Schutz, ja es hat nicht an sozialdemokratischen Drohungen gefehlt, es Landesverräterisch in der Stunde der Gefahr wehrlos zu machen. Ein Tor, der den Akt abfägen hilft, auf dem er sitzt. Also nur ein politisch Verblendeter kann einen Sozialdemokraten wählen.

Deutsche Beamte und Deutsche Staatsarbeiter!
Die rote Flut steigt höher und höher. Es gilt, ihr einen unerschütterlichen und unübersteiglichen Damm entgegenzusetzen. Den festen Kern dieses Damms muß die unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland bilden, die im Herzen des deutschen Beamtentums und der deutschen Staatsarbeiterschaft lebt. Bei den Wahlen von 1907 haben 15 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme nicht abgegeben, am 12. Januar und den nachfolgenden Stichwahlen kommt es auf jede Stimme an. Darum auf zur Wahl! Jeder wähle, aber kein Beamter oder Staatsarbeiter stimme für einen Sozialdemokraten."

Wir haben von unseren deutschen Staatsbeamten keine andere Stellungnahme erwartet. Die gesamte nationale Arbeiterschaft und wohl das gesamte nationale gesinnte Bürgertum — mit Ausnahme vielleicht einiger ganz linksstehender Kreise — hält die Stellung und die Pflichten eines Staatsbeamten für absolut unbereinerbar mit einer Begünstigung der Sozialdemokratie. Staatsbeamtentum und Sozialdemokratie sind zwei in ihrem innersten Wesen sich direkt feindlich gegenüberstehende Dinge. Wer eine Partei unterstützt und zur Macht verhelfen möchte, die unsere heutige Staatsordnung umstürzen, die den Landesfürsten von seinem Thron jagen will, kann u. G. unmöglich Staatsbeamter sein. Mit dem Diensteid, den jeder Staatsbeamte seinem Landesfürsten zu leisten hat, wäre das unmöglich zu vereinbaren. Es hieße, seine eigene Existenz preisgeben, wenn dem Staate die sozialistische Betätigung seiner Beamten einerlei wäre.

Aber auch die Beamten selbst gäben damit die entscheidende Förderung ihrer eigenen materiellen Interessen preis. Unsere Staatsbeamten können ihre Wünsche und Forderungen nur durch und mit den bürgerlichen Parteien zur Geltung bringen, wenn hinter ihnen eine starke, auf nationalem Boden stehende Berufsorganisation steht. Die Sozialdemokratie ist zur Vertretung der Beamteninteressen ganz und gar unfähig.

Unser deutsches Beamtentum weiß das. Es hat im allgemeinen eine ernste, große Auffassung von seiner Stellung, seinen Aufgaben und seinem Eide. Die glänzende Abfuhr, die in der Rundgebung dem sozialdemokratischen Liebeswerben zuteil wird, beweist es aufs neue.

Sozialdemokratische Moralbegriffe. Unlängst hat sich in Paris das Ehepaar Paul und Laura Lafargue durch Selbstvergiftung ums Leben gebracht. Lafargue war ein in Frankreich angesehener Sozialistenführer, seine Frau eine Tochter des "wissenschaftlichen" Begründers des Sozialismus Karl Marx. Im "Vorwärts" widmete Kautsky den Selbstmördern einen warmen Nachruf, worin er namentlich den Selbstmord der beiden als eine "Schönheit" feierte. Nun bringt der "Wahre Jakob" (Nr. 16 1911), ein sozialdemokratisches Schmutzblatt,

Bilder aus der Geschichte der Textilarbeiter.

Ein Leinengewerksverband norddeutscher Städte.
Nachdruck verboten.

kr. Das mittelalterliche patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, dem die Idee der Herrschaft und des Dienstes zugrunde gelegt war, erlitt schon in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters starke Kränkungen und Veränderungen, die in der Ueberfüllung der Gewerbe mit Gesellen begründet war, wodurch dem Gesellen die Möglichkeit, auch einmal selbständig zu werden und damit die Berechtigung, die Jahre der Dienstzeit gerne als Uebergangsstadium zu ertragen, mehr und mehr sich entzog und die Hervorhebung der eigenen Interessen gefördert wurde. Der Besorgung einer eigenen Interessenpolitik den Gesellen gegenüber glaubten sich auch die Meister zu besonderen Maßregeln genötigt. Die Macht der einzelnen Zünfte erwies sich, nachdem die Gesellen infolge der Wanderfähigkeit einen weithin reichenden Einfluß sich gesichert hatten, als nicht ausreichend. Um die Gesellenchaft in Ordnung und Gehorsam zu erhalten, wurden daher schon frühzeitig Verbindungen unter den gleichen Gewerben einer ganzen Reihe von Städten begründet; es wurden Beschlüsse wegen eines gleichmäßigen Verfahrens in Bezug auf die Gesellen gefaßt und zum Teil die Genehmigung der Behörden und Obrigkeiten dafür nachgesucht. Häufige eine Stadt sich den gefaßten Beschlüssen nicht, so wurden die von daher kommenden Gesellen nicht zugelassen. Solchen Gesellen, die ihres Meisters Haus wider dessen Willen verlassen hatten, wurden Briefe nachgeschickt, damit sie anderswo nicht zur Arbeit zugelassen würden.

Natürlich konnten infolge der staatlichen Zersplitterung und der damaligen territorialen Verhältnisse immer nur gewisse Zonen zu einem solchen Zusammenschluß gelangen; am engsten waren die oberheinischen Städte und Zünfte mit einander im Zusammenhang; andere

Zonen waren die schlesische, die Städte des Rheins und Mittelrheins, die Hansestädte usw. In den sechs sogenannten Städten Lübeck, Hamburg, Lüneburg, Wismar, Rostock und Stralsund wurden im 15. Jahrhundert und 16. Jahrhundert für eine ganze Reihe von Gewerben solche Verbände geschaffen. Bei manchen Gewerben wurde eine noch weit größere Zone in den Interessenzirkel der Vereinbarungen einbezogen. So schlossen sich z. B. die Leineweber in einer großen Anzahl norddeutscher und anderer norddeutscher Städte zusammen und richteten am 17. Oktober 1562 eine Vereinbarung auf, deren Inhalt uns im folgenden näher beschäftigen soll, weil er uns einen höchst anschaulichen und interessanten Einblick in das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern alter Zeit gewährt.

Den Umfang und den Zweck des Verbandes läßt uns die Einleitung der niedergelegten Urkunde erkennen, die folgenden Wortlaut hat:

"Im Jahre des Herrn 1562 am 17. Oktober sind wir Meisterleute und Amtsbrüder des Leinewerks (Zunftvorstände und Zunftgenossen des Leinengewerbes) samt den nachbenannten und bewilligenden Städten mit Namen und Zuzamen, wie folgt, übereingekommen, vorerst zu Lübeck, (es folgen 4 Namen), von Hamburg (2 Namen), von Lüneburg (2), von Wismar (2), von Rostock (3), von Stralsund (2), von Greifswald, Stralsunder, Föbberg usw. und die vom alten Stettin, Stargard, Briß, Prenzlau, (Prenzlau), Selow, Garbe Griffenbahagen (Griffenbahagen), Danne und Rassewald, die von Bügow und Sterneberg und im Land jedermann, der diesen Brief ansieht und liest oder vernimmt, daß wir nach zeitlicher Betrachtung um unsere jetzigen und nachkommenden Knechte damit zu fördern und um Schäden zu verhüten, mit den ehrbaren, hochgelehrten, vornehmen und hochweisen Herren Bürgermeistern und Ratsherrn der Stadt Lübeck (auch des uns dazu vom ehrbaren Räte abgeordneten Herrn Rarendorf und Knepell mit Sonzen) und Genehmigung der Ratsherrn und der Gewerksbehörde) eingegangen, getroffen und beschlossen haben in der allerbesten Form und Weise, wie wir können und mögen,

für uns und alle unsere Nachkommen bewilligt und dazu mit diesem Urkundenbriefe unseren Willen gegeben haben, denselben in allen seinen Punkten und Artikeln geloben, beweisen, bestätigen und bewilligen, auch bei unserer Treue und Ehren hiermit für uns und unsere Nachkommen reblich geloben, solchen Kontrakt und Verbündnis, wo in diesem Briefe nachfolglich (wozu wir durch hochdrängende und geforderte Not bewogen und gereizet worden) zu ersehen wäre, stets und fest zu halten und nicht darwider zu streiten noch zu tun."

Nach diesem im Stile jener Zeit abgefaßten Satzungen, wodurch die interlokale Vereinbarung dokumentarisch festgelegt wurde, folgen dann die verschiedenen Bestimmungen der interlokalen Verbandsstatuten, die hauptsächlich das Verhalten den Gesellen gegenüber (oder, wie sie hier immer noch nach der Sitte der alten Zeit heißen: "Knechte") einheitlich zu regeln den Zweck haben.

Zunächst suchen die Leineweber dem immer mehr sich geltend machenden Streben nach Verringerung der Arbeitszeit (das damals nicht um Kürzung der täglichen Arbeitszeit, sondern um Verringerung der Arbeitstage sich drehte) entgegenzuwirken. Der sog. blaue oder gute Montag hatte ja bereits den Gesellen als Tag des Müßiggangs wenigstens alle 14 Tage concediert werden müssen. Gegen das Feiern an weiteren Wochentagen kämpft aber die Meisterschaft kräftig an. So fest die interlokale Vereinbarung denn folgendes fest: Erstens soll kein Knecht (Geselle) mehr denn den 14. Tag zu einem Krugtag machen; so er aber darüber täte, soll er seinem Meister geben für die Versäumnis des Tages einen überdießen Schilling (das entsprach einem Tagelohn) und außerdem noch an die Gewerksbehörde einer Strafe von 5 Schillingen und an die Zunftkasse ebenfalls von 5 Schillingen verfallen sein. Wenn aber ein Knecht, der in diese Strafe verfallen sei, sich unwillig gegen seinen Meister benehme und das Strafgeld nicht willig herausgebe, so daß sich kein Meister darüber beklage, derselbe Knecht solle dann die doppelte Strafe bezahlen, es sei denn, daß er beweisen könnte, daß ihn die Not dazu getrieben habe. Das soll als Entschuldigungsgrund gelten können.

Ortsgruppen, führt freiwillig Lokalzuschläge ein!

einen Nachruf auf das selbstmörderische Ehepaar, worin es heißt:

„Paul und Laura Lafargue, die sich nicht zuletzt durch den heroischen Abschluß ihres Lebens als geistig und sittlich hochstehende Menschen erwiesen haben, können des ehrenden Andenkens bei allen Sozialisten gewiß sein.“

Da wird also der Selbstmord gefeiert als ein Beweis für den hohen geistigen und sittlichen Ernst eines Menschen. Zur Kennzeichnung solcher Moralbegriffe fehlen uns die Worte.

Im Anschluß hieran sei noch mitgeteilt, daß von 589 im Jahre 1911 verstorbenen Mitgliedern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes nicht weniger als 30 durch Selbstmord ihr Leben beendeten.

Sozialdemokratische Gewerkschaften von Unternehmern gnaden. Unter dieser Rubrik schreiben wir, provoziert durch das Verhalten des „Textilarbeiters“, in Nr. 47 unseres Organs folgendes:

„Bei der Bewegung der Textilarbeiter in Mülhausen i. G. im Jahre 1906, die der jetzige Redakteur Krätzig des Organs des „deutschen“ Verbandes leitete, hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Kosten einer Versammlung in Höhe von 60—70 Mark von dem Chef der Firma Kullmann u. Co. bezahlen lassen.“

Das österreichische Bregenzener „Volksblatt“ druckte diese Notiz ab. Das gab der „Vorarlberger Wacht“, dem sozialdemokratischen Organ der dortigen Gegend, Veranlassung, sich an die Genossen Krätzig und Gsell, die Leiter der damaligen Bewegung, zu wenden, um von diesen Auskunft über den christlichen „Schwindel“ zu erhalten. Die Antwort der beiden Genossen ist nun recht interessant.

Genosse Krätzig, damals Gauleiter im Elsaß, bezeichnet obige Notiz, was seine Person betreffe, als von A bis Z erlogen. Er habe bei den Abschlußverhandlungen nicht mitgewirkt. Das hat auch kein Mensch behauptet. Wohl aber war er der Macher und geistige Leiter der Bewegung. Die Hauptfrage ist übrigens: Hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband wirklich die Kosten der Versammlung vom Chef der Firma Kullmann u. Co. bezahlen lassen? Daß dies tatsächlich geschehen ist, geben die Genossen Krätzig und Gsell unumwunden zu. Nur soll nach letzterem der diesbezügliche Betrag sich bloß auf 30—40 Mark belaufen haben. Zur Entschuldigung führt Genosse Gsell an:

„Es war am Schlusse der großen Aussperrung der Baumwollarbeiter in Mülhausen. Die Verhandlungen hatten unter dem Vorsitz des früheren Ministers V. Köller im Zentralhotel zu einem befriedigenden Resultat geführt, doch war es an einem Samstag, wo in Mülhausen von den wenigen Lokalen, die wir haben, alle besetzt waren. Ich wurde beauftragt, noch an diesem Tage eine Versammlung abzuhalten, damit die Arbeit eventuell am Montag aufgenommen werden könnte. Ich erklärte nun den Herren Unternehmern, daß mir dies wegen Lokalmangel unmöglich sei, die Versammlung also erst am Montag stattfinden könne. Die Fabrikanten befürchteten, daß, wenn wir bis Montag warten, die folgende Woche noch nicht gearbeitet werde, und daher schlug mir Herr Kullmann vor, in das Thalia-Theater zu gehen, er würde uns für den Saal Sorge tragen. Wir haben nun die Versammlung abgehalten und wurde beschloffen, am Montag die Arbeit aufzunehmen. Herr Kullmann hat also damals uns den Saal zur Verfügung gestellt, und da es die Fabrikanten haben wollten, habe ich nicht nach den Kosten gefragt, sondern diese selbstverständlich dem Herrn Kullmann am Halse gelassen.“

Unrichtig ist zunächst, daß die Verhandlungen an einem Samstag stattgefunden haben. Sie fanden Freitag Nachmittag statt. Es bestand also wohl die Möglichkeit, im Laufe des Samstags betriebsweise in kleineren Lokalen abstimmen zu lassen, zumal die den Genossen zur Verfügung stehenden Lokale auch nur Samstag Abend besetzt waren. Daß Genosse Gsell sich um die Kosten nicht bekümmert und dieselben Herrn Kullmann einfach „am Halse gelassen“ (wie geschmackvoll, ganz à la Gsell! D. R.) hat, erscheint recht wenig glaubwürdig, wenn man folgende, gleich am Tage nach der Abschlußversammlung in der sozialdemokratischen „Mülhauser Volkszeitung“ erschienene Bemerkung berücksichtigt:

„Die Kosten der Einberufung dieser Versammlung hat in anerkennenswerter Weise der Chef der Firma Kullmann u. Co. übernommen.“

Das selbe Organ hatte während der Aussperrung oft genug über die „Praxenheuchelei“ der Fabrikanten, über die „brutalen, auf ihre Selbstsacküberlegenheit pochenden Ausbeuter“, über die „in stumpfsinniger Verbohrtheit befangenen Kapitalproben“ losgedonnert. Eine ähnliche Sprache wurde von den führenden Genossen in den Versammlungen geführt. Da hätte eigentlich der Anstand schon erfordert, sich von den so beschimpften Fabrikanten nicht auch noch die Kosten der Versammlung erstatten zu lassen. Doch — die Geschmäcker sind verschieden.

Nun noch ein Wort zu der vom Genossen Krätzig gegen unseren Verband erhobenen Beschuldigung, wir hätten die Forderungen des sozialdemokratischen Verbandes unterboten. Da ist vor allem zu beachten, daß letzterer, wie Genosse Krätzig selbst zugibt, ein gemeinsames Vorgehen mit unserm Verbands grundsätzlichen ablehnte. Wir gingen deswegen selbständig vor und stellten naturgemäß die Forderungen nach unserem Ermessen auf. Trotzdem war ein wesentlicher Unterschied in den beiderseitigen Forderungen nicht enthalten. Der rote Verband verlangte sofortige Einführung des Zehnstundentages nebst 15 Prozent Lohn-

erhöhung, wir forderten Einführung der zehneinhalbstündigen Arbeitszeit, nebst einer zehnprozentigen Lohn-erhöhung und nach weiteren sechs Monaten Uebergang zum Zehnstundentag ohne Lohnausfall. Unsere Forderungen deckten sich also mit denen des sozialdemokratischen Verbandes. Der einzige Unterschied bestand in der von uns vorgesehene Uebergangsstufe vom Zehneinhalb- zum Zehnstundentag. Bei der Aufstellung unserer Forderungen ließen wir uns von den ungünstigen Organisationsverhältnissen leiten. Von den circa 5000 in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeitern waren kaum 800 organisiert. Daraus ergibt sich schon, mit welchem Recht Genosse Krätzig in seinem Brief an die „Vorarlberger Wacht“ mit Bezug auf unseren Verband von einer Kapitalistenschutztruppe spricht. Im Kampf haben unsere Mitglieder auch bei der bestreikten Firma genau so fest gestanden wie die Genossen auch.

So viel zu dieser Angelegenheit. Tatsache ist und bleibt also, daß sich der sozialdemokratische Verband damals die Versammlungskosten von den Arbeitgebern erstatten ließ. Bezeichnend ist, daß die „Vorarlberger Wacht“ trotz dem Eingeständnis der Genossen Krätzig und Gsell immer noch von „Lüge“ und „christlichem Schwindel“ spricht.echt sozialdemokratisch!

Die Steuerlast im In- und Auslande. Der Wahrheit zuwider sucht es die sozialdemokratische Presse so hinzustellen, als ob das deutsche Volk von allen Kulturvölkern das am meisten besteuerte sei. Namentlich solle infolge unserer Zollpolitik die indirekte Besteuerung in Deutschland größer sein als in anderen Kulturstaaten. Es fällt uns nun nicht ein, die im Reiche und in den Bundesstaaten erhobenen Steuern und unser ganzes Steuerhystem reiflos zu verteidigen. Vor den Mängeln unserer heutigen Besteuerung braucht kein Mensch die Augen zu verschließen, und unzweifelhaft haben an unseren Steuern sowohl im Reiche als auch in den Bundesstaaten die minderbemittelten Klassen manches auszusparen. Aber der sozialdemokratischen Agitationslüge soll doch entgegengetreten werden, als ob nun Deutschland das Land mit den drückendsten Steuern und dem allermiserabelsten Steuerhystem sei.

In einer ganz schäbigen Polemik gegen den Kollegen Stegerwald stellte in der sozialdemokratischen „Düsseldorfer „Volkszeitung“ ein kluger Rechner eine Zusammenstellung auf, wonach in England nur 735 indirekter Steuern erhoben würden. Die Zusammenstellung hatte einen großen Fehler, nämlich den, daß sie — nicht stimmte. Bekanntlich hat England keine Schatz-, wohl aber Finanzzölle, d. h. Zölle, die aus rein statistischen Gründen erhoben werden. Diese Finanzzölle haben zur Folge eine weitgehende Besteuerung von Genussmitteln, die im Lande selbst hergestellt werden, also eine weitgehende indirekte Besteuerung. Aus diesen Zöllen und indirekten Steuern zieht England durchschnittlich rund 300 Mill. M. mehr, als Deutschland aus seinen Zöllen und indirekten Steuern, obwohl England nur $\frac{1}{2}$ der Bevölkerungsziffer Deutschlands aufweist. England bezieht nämlich im Durchschnitt jährlich aus Tabak 350 Mill., aus Tee 125 Mill., aus Branntwein und Spirituosen 320 Mill., aus Bier 250 Mill., aus Kakao, Zucker, Kaffee umf. 480 Mill. M., das sind zusammen 1525 Mill. M. Deutschland dagegen sieht in seinem Haushalte für 1911 eine Einnahme aus Zöllen und Steuern aus den genannten Artikeln eine Summe von 1212 Mill. M. vor.

Bei einer Berechnung der Zölle und Verbrauchssteuern auf den Kopf der Bevölkerung ergibt sich nach dem Gothaischen Hofkalender für 1912 folgendes Bild. Es vereinnahmten an Zöllen und Verbrauchssteuern auf den Kopf der Bevölkerung:

Deutschland . . .	18,60 M. jährlich
England . . .	33,80 " "
Frankreich . . .	25,90 " "
Amerika . . .	27,20 " "

Rechnet man für Frankreich noch die Belastung hinzu, die das Volk von den staatlichen Monopolen aufzulegen bekommt, die sinngemäß doch auch zu den „Verbrauchssteuern“ zu rechnen ist, so ergibt sich die Summe von 37,40 M. Die indirekte Besteuerung ist also in England und den anderen Staaten um 50—80 Prozent höher als in Deutschland.

Die gesamte Besteuerung — direkte und indirekte — betrug auf den Kopf der Bevölkerung 1907 in Deutschland 48 M., in Frankreich 1908 83 M., in England 1904/05 98 M. und in den Vereinigten Staaten 1906 07 81 M. Rechnet man eine Erhöhung der steuerlichen Belastung für Deutschland infolge der letzten Finanzreform in einer Höhe von 20 Prozent hinzu, so kommt man an die Summe von 58 M., bleibt also immer noch erheblich hinter den anderen Staaten zurück. Nun sind aber in England und Frankreich die kleineren Einkommen — in England die unter 3000 M. — von der direkten Besteuerung frei, aber dafür ist in England auch die indirekte Besteuerung um 80 Prozent höher als bei uns, die Einkommensverhältnisse sind dort im allgemeinen viel ungleichmäßiger zugunsten der großen Einkommen verteilt, und dann genießen die Nichtsteuerzahler auch weniger politische Rechte, als wie jeder 25 Jahre alte Deutsche z. B. durch das Reichstagswahlrecht. Und gegenüber Frankreich ist in Betracht zu ziehen, daß es einmal viele relativ hohe städtische Steuern hat, die alle treffen, und weiter, daß es ein Rentnerstaat ist, wogegen Deutschland seine Kapitalien in Industrie und Handel stecken muß, um der alljährlichen Bevölkerungszunahme von 900000 Menschen Brot zu verschaffen.

Was brachte das Jahr 1911 in der sozialen Gesetzgebung? Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung kann das Jahr 1911 einige erhebliche Fortschritte verzeichnen. Im Mittelpunkt der sozialgesetzgeberischen Tätigkeit des verflorenen Reichstages im vergangenen Jahre steht das große Reformwerk der Reichsversicherungsoverordnung. Nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten hat es fertig gestellt werden können, zwar nicht alle berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllend, aber doch einen bedeutenden Fortschritt darstellend.

Nach sieben Millionen Landarbeiter und Diensthboten werden neu der Krankenversicherung unterstellt, die Witwen- und Waisensversicherung ist der Invalidenversicherung angefügt, und damit die Grundlage geschaffen für eine geordnete Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter. Der Ausbau der Invaliden-, Witwen- und Waisensversicherung nach dieser Richtung hin wird die Hauptsache der kommenden Zeit auf dem Gebiete der staatlichen Arbeiterfürsorgegesetzgebung sein müssen.

In der Privatbeamtenversicherung ist ein gutes Vorbild gegeben worden. Sie konnte verhältnismäßig schnell und ohne größere Schwierigkeiten erledigt werden. Diese Versicherung ist ein großer Erfolg unserer deutschen Privatbeamtenbewegung, die jahrelang eine staatliche Versicherung verlangt hat. Sie bringt in mancher Hinsicht recht wertvolle wichtige Neuerungen in unserem deutschen sozialen Versicherungswesen überhaupt die bei der Reform der Hinterbliebenenversicherung vorbildlich sein können. Daß die Privatbeamtenversicherung einen wertvollen Fortschritt darstellt, gibt selbst das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften zu, indem es in Nr. 1 d. J. ganz richtig schreibt, die bürgerlichen Parteien hätten den Privatbeamten nur deshalb so viel gegeben, weil sie unter diesen Wahlkapitulation zu machen gedachten. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage hat bei der Privatbeamtenversicherung von ihrem lombischen „Alles-oder-nichts-Standpunkt“ abgelassen und für das Gesetz gestimmt. Jedenfalls auch nur aus wahlstatistischen Gründen, denn den Privatbeamten wird doch die unsinnige Vereinnahmungspolitik der Genossen weniger leicht plausibel zu machen sein, als den Arbeitern.

Des weiteren ist das Hausarbeitsgesetz erledigt worden, leider ohne die vornehmste Forderung der Heimarbeiter zu verwirklichen: amtliche Lohnämter mit der Befugnis rechtsverbindlicher Lohnfestsetzung. Wenn das Hausarbeitsgesetz vom Standpunkt des hygienischen Arbeiterchuzes einen erfreulichen Fortschritt darstellt, so kann dasselbe doch nur in so fern Umfang wirksam werden, wenn auch das Lohnverhältnis der Heimarbeiter aufgebessert wird. Dies wäre nur möglich gewesen durch Lohnämter. Die Regierung hat sich leider geweigert, dieselben einzuführen, und statt dessen ist sie mit der Mehrheit der bürgerlichen Parteien auf den Boden eines Kompromisses getreten, welcher fakultative Lohnauschüsse vorsieht.

Nachdem im vorigen Jahre durch eine Novelle zur Gewerbeordnung der Zehnstundentag für die Arbeiterinnen eingeführt wurde, ist in diesem Jahre eine kleine Gewerbeordnungsnovelle erledigt worden. Sie regelt die Vorschriften über die Lohnbücher neu, führt obligatorische Arbeitszettel ein und erleichtert die Durchführung des Fortbildungsschulunterrichts in den Gemeinden.

Das Arbeitskammergesetz ist nicht zur Verabschiedung gelangt. Die Regierung hat ihren Widerspruch gegen den Arbeitersekretärparagrafen aufrecht erhalten, und da im Reichstage keine Regierung bestand, das Gesetz ohne diesen Paragraphen anzunehmen, so ist dasselbe mit Schluß des Reichstages gefallen. Ob es wiederkommen wird? Wir unsererseits möchten betonen, daß wir auf eine Arbeitskammer, in der den Angestellten der Arbeiterverbände ein Mitwirkungsrecht versagt bleibt, keinen Wert legen können.

Der Reichstag hat am 9. Dezember sein natürliches Ende gefunden. Wir wollen noch verzeichnen, daß die fünfjährige Legislaturperiode des Reichstages an sozialpolitischer Arbeit reicher war wie manche ihrer Vorgänger. Außer den obengenannten Gesetzen wurde durch denselben noch geschaffen: das Stellenvermittlungsgesetz, das Reichsvereinsgesetz, der kleine Befähigungsnachweis für das Handwerk, das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen, eine Verschärfung des unlauteren Wettbewerbs, das Kaligesez, Zehnstundentag für Arbeiterinnen u.

Wer die Schwierigkeit der gesetzgeberischen Arbeiten zu würdigen versteht, wird dieses Ergebnis mit Freuden begrüßen. In der Sozialreform gibt es keinen Stillstand, das hat diese Reichstagsperiode wiederum bewiesen. In dem Maße, wie unsere Volkswirtschaft sich aufwärts entwickelt, das gewerbliche Leben an Ausdehnung und Erfolg gewinnt, wird auch die gesetzgeberische Fürsorge für die arbeitenden Klassen fortschreiten müssen.

Wohnungsmiete und Einkommen. Ueber das Verhältnis der geldlichen Aufwendungen für Wohnungszwecke zum Einkommen geben in vorzüglicher Weise die zahlenmäßigen Uebersichten des Reichsstatistischen Amtes über die Wirtschaftszählungen minderbemittelter Volksklassen Auskunft. Wir halten uns hier an einen Auszug der „Frankfurter Zeitung“, der den Anteil der Miete an den Gesamtausgaben berechnet und die Erfahrungstatsache erneut bestätigt, daß die Aufwendungen für Wohnungszwecke relativ sinken in dem Maße, als das Einkommen größer ist, daß also die kleinen Einkommen den verhältnismäßig größten Anteil an Mietenaufbringen müssen. Zwar handelt es sich hier um Frankfurter

Verhältnisse, aber im großen und ganzen werden die Dinge in allen anderen Groß- und Mittelstädten ähnlich liegen. Beranschaulichen wir uns zunächst folgendes Bild. Es vorausgabten für die Wohnung:

Table with 5 columns: Stand, Personen, Gesamtausgabe M., Ausgabe für Miete M., In Prozent zur Gesamtausgabe. Rows include Postbote, Ober-Leitungsaufseher, Postassistent, etc.

Im allgemeinen bestätigt die Tabelle, daß der Anteil der Miete zur Gesamtausgabe bei den kleineren Einkommen am größten ist. Eine Ausnahme macht hier nur der Maurer, der mit einem Familienstande von fünf Personen nur 20 Mark monatlich aufwendet...

Aber noch eine andere, ganz charakteristische und höchst beklagenswerte Tatsache zeigt uns die Tabelle: daß die Aufwendung für Wohnungszwecke abnimmt, wenn mehrere Kinder da sind. Das geht aus folgender Uebersicht noch deutlicher hervor:

Table showing housing expenses for families of different sizes. Columns: Familien bestehend aus, absolut in Mark, in Prozent der gesamten Ausgaben.

Einer Ergänzung bedurfte diese Aufstellung noch bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen für kinderreiche Familien, und zwar, ob die Wohnungen gut instand und trocken sind, kein Ungeziefer enthalten, wie das ganze Milieu des Wohnbezirks usw., ist es doch in den meisten Großstädten namentlich soweit gekommen, daß kinderreiche Familien überhaupt oder nur sehr schwer noch eine ordentliche Wohnung bekommen können.

Eine Uebersicht darüber, wie groß in den einzelnen Städten der Anteil der Miete an der Gesamtausgabe ist, ergibt folgendes:

Table comparing housing costs in various cities. Columns: Stadt, Wohnungsausgabe absolut in Mark, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben in Prozent.

Der Anteil der Wohnungsausgaben an den Gesamtausgaben belief sich in den Großstädten auf 18,4%, in den Mittelstädten auf 16,5%, in den Kleinstädten auf 17,9%, den Landstädten auf 16,6%, den Orten des platten Landes auf 12,9%.

Die ganze Statistik weist uns auf einen ungeheuer wichtigen Zweig der „sozialen Frage“ hin, dem wir auch in der Arbeiterbewegung ein großes Augenmerk zuwenden müssen. Möge sie auch dazu anregen, daß in unseren Mitgliederkreisen mehr die Haushaltungsbücher geführt werden, die allein einen genaueren Einblick in die materielle Lebenshaltung der Arbeiter ermöglichen.

Die Tarifstreue des sozialistischen Buchdruckerverbandes erfährt eine sonderbare Beleuchtung durch folgende Vorgänge: In der Sitzung der „Allnaer. ad-tichten“ war ein Faktor angezogen, der den sozialdemokratischen Buchdruckern nicht gefiel. Sie verlangten daher dessen Entlassung. Die Geschäftsleitung lehnte die Forderung ab, worauf die Verbandsmitglieder mit Arbeitsniederlegung drohten, was einen direkten Tarifbruch bedeutete. Da nun die rechtzeitige Fertigmachung der Zeitung in Frage gestellt war, so berichtet das Organ des Buchdruckerverbandes, „lanten Verhandlungen zustande mit dem Resultate, daß der Faktor mit dem 1. Jan. 1912 zu entlassen sei, ihm das Recht der Kündigung sofort erloschen wurde usw.“ In der Monatsversammlung des Davaereins Altona wurde „das geschlossene Zusammenhalten der Kollegen allgemein anerkannt und dem Personal einer anderen großen Druckerei zur Nachahmung empfohlen“. Ein ähnlicher Vorgang ereignete sich im Sommer in Essen. Dort stellten die Verbandsmitglieder unter Tarifbruch die Arbeit ein, weil der Arbeitsplatz des Faktors nicht nach ihrem Wunsch war.

Ueber derartige Vorgänge braucht man sich nicht zu wundern. Werden doch die Mitglieder des Buchdruckerverbandes geradezu zu Tarif- und Kontraktbrüchen erregt. Wenigstens wissen sie, daß ihnen von Verbandsseite nichts geschieht. Es braucht nur an den Kontraktbruch von 37 Rotationsmaschinenmeistern bei der Firma Scherl in Berlin im Juni letzten Jahres erinnert zu werden. Als diese die Arbeit niedergelegt hatten, erließ der Verbandsvorstand eine öffentliche Erklärung, daß er sich ge-

zwingen sehe, die Tarifbrüchigen aus dem Verbande auszuschließen. Von der Gewerkschaftskonferenz wurde der Verbandsleitung attestiert, „daß sie zu der schmerzvollen Operation mit den Ausschüssen schreiten müßte“. Es wurde die Bedingung gestellt, daß die Ausschüsse „von dem Zeitpunkte an wieder als Mitglieder gelten können, wo sie die ihnen auferlegte Kontraktbruchstrafe entrichtet haben“.

Später hat sich aber herausgestellt, daß das alles Schwindel war, bestimmt, die Deffentlichkeit zu täuschen. Denn es ist festgestellt, daß die Kontraktbrüchigen 37 Rotationsmaschinenmeister niemals aus dem Verbande ausgeschlossen wurden. Sie blieben ruhig Mitglieder und bezahlten bis heute ihren Beitrag. Eine Wiederaufnahme war gar nicht notwendig. Noch mehr, sie erhielten vom Berliner Gau für die Tage des Streiks noch Unterstützung. Weiter ist festzustellen, daß bis zum heutigen Tage noch kein Pfennig Kontraktbruchstrafe bezahlt ist, obwohl das als Bedingung für die „Wiederaufnahme“ galt. Auch allen denjenigen, die sich mit den Kontraktbrüchigen solidarisch erklärten und nachträglich in Resolutionen den Kontrakt- und Tarifbruch billigten, ist kein Haar gekrümmt worden. Verschiedene Male erging an die Verbandsmitglieder „eine letzte Warnung“, aber dabei blieb es. Und der „Korrespondent“ wagte noch zu behaupten, die Kollegen hätten so gehandelt, „wie es sich für eine tariftreue Organisation gehört“.

Muß ein solches Verhalten der verantwortungsvollen Verbandsfaktoren nicht zu weiteren Verstößen gegen den Tarifvertrag direkt anspornen? Die mit den tariflichen Bestimmungen unzufriedenen Elemente wissen ja ganz genau, daß tarifbrüchige Mitglieder zwar öffentlich gerügt, aber hinter den Kulissen ohne weiteres straffrei bleiben, daß ihnen kein Haar gekrümmt wird. Wo bleibt da Treu und Glauben, ohne die eine gewissenhafte Durchföhrung kollektiver Arbeitsverträge ein Ding der Unmöglichkeit ist? Und derselbe sozialdemokratische Buchdruckerverband, der mit diesem Doppelspiel die Tarifgemeinschaft unterhöht, will den Gutenbergbund fortwährend als nicht vertragsfähig und tarifuntreu denunzieren. Die bekannte Taktik: haltet den Dieb!

Aus unserer Industrie.

Die Textilindustrie des M.-Glabbacher Bezirks im Jahre 1911

wird in den Wochenberichten der Leipziger Monatschrift für Textilindustrie von einem Korrespondenten aus M.-Glabbach wie folgt dargestellt.

Das verfloßene Jahr war fast für alle Branchen der vielseitigen Industrie des Glabbacher Bezirkes ein ungesund. Die

Baumwollspinnerei

ging zwar mit einem ziemlichen Auftragsbestand in das neue Jahr hinein; die erzielten Preise standen aber in keinem Verhältnis zu den außergewöhnlich hohen Preisen der Rohbaumwolle. Der Absatz seitens der Verbraucher blieb wegen der während des größten Teiles des Jahres eingeschränkten Arbeitszeit der Webereien ein unzulänglicher. Eine Besserung in den Baumwollspinnereien trat erst gegen Mitte Oktober ein, als in Bremen Upland Middling unter 50 Pfg. fiel, gegen den höchsten Stand von 80 1/2 Pfg. am 14. Juni. Seit dieser Zeit hat sich der Auftragsbestand ständig vergrößert, und heute hat der größte Teil der Spinnereien die Produktion bis April/Mai nächsten Jahres, vielfach auch noch für weiter hinaus, fest untergebracht. In den letzten zwei Monaten haben sich auch die Preisverhältnisse so gestaltet, daß für die Spinnerei ein, wenn auch nur kleiner Nutzen verzeichnet werden kann.

In den

Zweit- und Fanzspinnereien

gestalteten sich die Verhältnisse in der ersten Hälfte des Jahres ähnlich denen der Baumwollspinnerei. Nachdem für letztere aber durch den, infolge der außergewöhnlich großen amerikanischen Baumwollernte, eingetretenen Preisrückgang ein starker Kaufdruck seitens der Verbraucher sich bemerkbar machte, konnten die Zweit- und Fanzspinnereien wegen der hohen Preise der Baumwollabfälle und auch der ohnehinigen Baumwolle ihre Garnpreise nur unwesentlich erniedrigen, infolgedessen die Konsumenten von langfristigen Aufträgen absehen mußten, und daher nur der laufende Bedarf gedeckt wurde. Die Preise sind unzulängliche, die etwas höheren Forderungen der Spinnerei wurden aber von Verbrauchern einwilligen noch abgelehnt.

Die Spinnereien, welche

Mungo- und billige Streichgarne

liefern, haben wegen der unzulänglichen Beschäftigung der einschlägigen Webereien während des größten Teiles des Jahres 1911 eingeschränkt gearbeitet. Erst im letzten Viertel des Jahres kamen wieder größere Aufträge sowohl in Natur- und Unterzuggarnen, wie auch in den feinsten Gewirken herein, jedoch die Betriebe darin jetzt wieder einigermaßen zufriedenstellend beschäftigt sind. Auch in dieser Branche lassen die Preise noch viel zu wünschen übrig; dieselben bedürfen dringend einer Aufbesserung, wenn mit einem auch nur kleinen Nutzen gearbeitet werden soll.

Die Kammgarnspinnereien

hatten während der ersten Hälfte des Jahres noch ziemlich gut zu tun, später flaute das Geschäft aber stark ab, da wegen der hohen Woll- und Kammgarnpreise die Verbraucher nur von der Hand in den Mund kauften und Reinigungsläufe fast nicht vorkamen. Dazu kam die fast

während des ganzen Sommers und Herbstes dauernde unzulängliche Beschäftigung der Kammgarnwebereien. Erst seit einigen Wochen, nachdem die Wollmärkte wieder festere Tendenz zeigten, scheint sich ein Aufschwung zur Besserung anzubahnen.

Die Flachspinnereien

hatten während des ganzen Jahres über Mangel an Beschäftigung nicht zu klagen, mußten aber wegen der überaus hohen Preise der Rohstoffe mit einem kaum nennenswerten Nutzen vorliebnehmen. Besonders während der letzten Monate beobachteten die Spinner starke Zurückhaltung.

In den

Kesseltwebereien

war der Geschäftsgang während des größten Teiles des Jahres ein schleppender. Die Fabrikanten konnten zwar mit einem ziemlichen Auftragsbestand in das Jahr 1911 hineingehen, die damals erzielten Preise waren aber so niedrig, daß von einem Nutzen kaum die Rede sein konnte. Ueberdies war der Absatz fortlaufend ein so wenig lebhafter, daß viele Betriebe es vorzogen, bei den anhaltend hohen Rohstoffpreisen einen Teil der Stühle stillzusetzen. Nachdem aber im September infolge der großen amerikanischen Baumwollernte die Preise der Rohbaumwolle anhaltend zurückgingen, begann auch für die Kesseltweberei wieder eine bessere Zeit. Als im Oktober die Preise der Rohbaumwolle einen so niedrigen Stand erreichten, daß man, ohne ein Risiko einzugehen, sich auf weite Termine hinaus decken konnte, gingen die Ausrüster und Großhändler zu so umfangreichen Käufen über, daß die meisten Fabrikanten heute bis April/Mai 1912 ausverkauft sind.

Die Cordwebereien

hatten im allgemeinen besser zu tun als die Kesseltwebereien, besonders in der ersten Hälfte des Jahres, wegen der Betriebe ziemlich gut beschäftigt, mußten aber wegen der hohen Baumwollpreise mit einem kaum nennenswerten Nutzen vorliebnehmen. Erst die letzten Monate haben den Fabrikanten wieder große Aufträge gebracht, so daß die Betriebe jetzt bis April/Mai unter Kontrakt stehen. Auch sind die heutigen Verkaufspreise etwas bessere geworden.

Die Weißwebereien,

welche gebleichte und bedruckte Wiber- und Kammkartikel herstellen, haben ein äußerst ungünstiges Jahr hinter sich. Wegen der ungewöhnlich hohen Rohstoffpreise haben die Betriebe fast den größten Teil des Jahres eingeschränkt gearbeitet. Wenn auch die letzten Monate wieder etwas lebhaftere Beschäftigung brachten, so kann von einem Aufschwung noch keine Rede sein, da die hohen Preise der indischen Baumwolle und auch Baumwollabfälle größere Abchlüsse verhindern.

In den Webereien, welche

Baumwollene Schlafdecken, Betttücher und Rockflanellen

fabrizieren, war die Lage etwas günstiger, trotzdem ist auch in diesen Betrieben nur zeitweise die volle Arbeitszeit eingehalten worden. In den Herbstmonaten gingen die Aufträge etwas zahlreicher ein, da aber das Exportgeschäft besonders in der zweiten Hälfte des Jahres infolge der politischen Verwicklungen fast ganz darniederlag, so kann auch diese Branche mit wenig Befriedigung auf das Jahr 1911 zurückblicken.

Die Duntwebereien, welche baumwollene Sosenzeuge herstellen,

sind im großen und ganzen während des ganzen Jahres ziemlich beschäftigt gewesen. In den Sommermonaten ließ die Beschäftigung etwas nach, und erst die niedrigen Baumwollpreise im September/Oktober brachten wieder größere Aufträge. Heute sind sämtliche Betriebe so reichlich mit Aufträgen fürs Frühjahr versehen, daß jetzt schon vielfach die volle Arbeitszeit wieder aufgenommen wurde.

Für die

Wuckstin-, Kammgarn- und Cheviottwebereien

war das Jahr 1911 eins der ungünstigsten seit langen Jahren. Wenn auch die ersten Monate noch leidlich Beschäftigung brachten, so flaute doch das Geschäft im April schon so ab, daß während des ganzen Sommers und auch noch während eines Teils des Herbstes eine ganze Reihe von Stühlen außer Betrieb gesetzt werden mußten. Seit Ende November sind infolge der Befestigung der Woll- und Kammgarnmärkte die Aufträge wieder etwas reichlicher eingegangen und es konnten viele feiernde Webstühle wieder in Betrieb gesetzt werden. Einige größere Werke, welche hauptsächlich die billigen Wuckstin- und Kammgarnrohstoffe fabrizieren, wurden von dem schlechten Geschäftsgang weniger betroffen, dieselben hatten das ganze Jahr hindurch ziemlich gut zu tun.

Der Geschäftsgang in den

Ausrüstungsanstalten für baumwollene Gewebe

war während des größten Teiles des Jahres ein mittel-mäßiger. Eine Ausnahme bildeten einige heiße Sommermonate und auch die Herbstmonate, wo der Eingang seitens der Webereien ein sehr reger war. Die anhaltenden Schwankungen in der Beschäftigung waren für die gleichmäßige Entwicklung des Geschäftes sehr nachteilig. Die Exportaufträge waren, wie im vorigen, so auch in diesem Jahre wenig umfangreich. Die Beschäftigung der Werke für wollene Betriebe waren infolge der ungünstigen Beschäftigung der einschlägigen Webereien wenig zufriedenstellend.

Dividendenschätzungen für die Textilunternehmungen im Jahre 1911.

Die unten wiedergegebenen Dividenden-Summen beruhen zum Teil auf Schätzungen auf Grund der Börsenberichte, zum Teil auf Anregungen der betr. Direktionen. Anspruch auf unbedingte Richtigkeit können sie also nicht machen.

Table with 3 columns: Firm Name, 1911 estimate (Proz.), 1910 actual (Proz.). Includes firms like Nachener Spinnerei, Webburger Wollindustrie, Bremer Wollkammerei, etc.

Im Durchschnitt ergäbe sich eine Verringerung der Dividende gegenüber dem Vorjahre.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. Ueber den Geschäftsgang in den hiesigen Fabriken meldet die Rheinisch-Westfälische Zeitung unterm 31. Dezember 1911 folgendes: Wenn auch das Geschäft, wie dieses als natürliche Folge der in der letzten Zeit getätigten namhaften Abschlässe, und in Anbetracht der bevorstehenden Jahreswende, wohl nicht anders zu erwarten war, nimmend in etwas ruhigere Bahnen gekommen ist, so laufen sowohl im Garn- wie im Rohstoff-Geschäft doch noch tägliche Anfragen für baldige Lieferung ein, worauf aber, infolge der reichlichen Beschäftigung der Fabrikanten, ein für die Käufer befriedigendes Angebot kaum noch zu erhalten sein dürfte. Sowohl für Garne wie für Gewebe regt sich das Interesse bereits fürs dritte Quartal, da man in Käuferkreisen allmählich zu der Einsicht kommt, daß die bestehenden Notierungen mit der Zeit nicht mehr von der Hand zu weisen sind. Die Baumwollmärkte verleseren, wenn auch zuletzt eine etwas ruhigere Haltung eintrat, im ganzen ohne wesentliche Schwankungen, und der am 20. d. M. bekannt gegebene Entförmungsbericht, wonach bis Mitte Dezember bereits über 13750000 Ballen amerikanische Baumwolle entkörnt waren, konnte sie ebensowenig beeinflussen, wie der frühere Entschätzungsbericht von nahezu 12000000 Ballen Ertragnis. Durch die hohen Rohstoffpreise der letzten Jahre hat sich der Konsum in allen Geschäftszweigen auf das Notwendigste beschränkt. Sowohl die Fabrikanten haben sich durch teilweise Betriebseinschränkungen gegen ein Anwachen teurer Vorräte geschützt, als auch die Großkonsumanten ihre Lager dadurch möglichst klein zu halten mußten, daß sie während der ganzen Zeit nur von der Hand zum Mund kauften. Große, und vor allen Dingen drückende Vorräte sind also allenthalben nicht vorhanden, und wenn die allgemeine Lage schon in den letzten Monaten einen erheblichen Aufschwung erfahren hat, so wird sich auch für die kommende Saison das Geschäft bei den heutigen Baumwollpreisen reicher entwickeln und Befürchtungen um ungenügenden Absatz, wie am Schlusse des vorigen Jahres, bestehen heute nicht. Spinner und Kesselweber sind für die erste Hälfte des kommenden Jahres, erstere zum Teil weit darüber hinaus, ausverkauft, und letztere konnten in den letzten Wochen auch fürs dritte Quartal bereits größere Abschlässe vormerken. Auch in rohen Faserzeugen wie Kettkord, Moleekin, Doppelpiloz etc. wurden bereits weitflächige Käufe getätigt, und wenn auch die Kaufkraft in diesen Artikeln augenblicklich etwas nachgelassen haben mag, so sind doch die in Frage stehenden Webereien bereits soweit unter Kontrakt, daß sie die Weiterentwicklung des Marktes in Ruhe abwarten können und keine Veranlassung haben, einzuweichen zu nicht in jeder Beziehung befriedigenden Preisen zu verkaufen. Das Geschäft in rohen und bunten Bettüchern und Decken befriedigte trotz der hierfür noch verhältnismäßig ungünstigen Witterung, im allgemeinen durchaus und die hierfür in Betracht kommenden Stühle sind fortlaufend gut beschäftigt. Auch schwere Fancy Decken für den Export finden guten Absatz, und soll es in einzelnen Betrieben kaum möglich sein, die Nachfrage aus eigener Kraft zu bewältigen. Hierfür, sowie auch für manche andere Artikel werden aus diesem Grunde auch die bestehenden Lohnwebereien augenblicklich stark in Anspruch genommen, so daß dispoible Stühle zur Zeit nur noch schwer zu haben und die bestehenden Kleinbetriebe für Lohnarbeit bereits auf längere Zeit hinaus fest engagiert sind. In der eigentlichen Buntweberei-Branche ist es, wie immer um diese Zeit, momentan im allgemeinen ruhig. Die Hauptfaison für Unteroch-Belours und andere Fancy-Artikel ist vorüber, jedoch unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sich das Geschäft bei den bestehenden Konjunkturverhältnissen auch in diesen Sachen im Monat Januar durch Vergebung von Herbstaufträgen seitens der Kundschaft rasch beleben wird. Einzelne, namentlich leichtere Qualitäten, sowie in Stück gefärbte Moltons werden andauernd im Export-Geschäft gut gefragt und helfen über manche Lücke hinweg. Das Geschäft in Felett-Stoffen, namentlich auch besserer und mittlerer Qualität, wird im ganzen als befriedigend bezeichnet, und mancher Auftrag muß auf Effektuierung warten, da die verlangten Sorten nicht sofort zu beschaffen sind. Im ganzen hat das nunmehr abgelaufene Jahr für unsere Industrie doch noch wesentlich besser abgegeschlossen, als während der längsten Zeit derselben zu erwarten stand, und wenn die Verhältnisse sich im neuen Jahr weiter wie bisher entwickeln, woran eigentlich kaum zu zweifeln sein dürfte, dann wird dieses hoffentlich auch einmal wieder besseren Gewinn, und damit mehr Freude zur Arbeit für alle beteiligten Kreise bringen.

Emsdetten. Das 8. Stiftungsfest unserer Ortsgruppe verlief am 1. Januar unter überaus zahlreicher Teilnahme in recht würdiger und schöner Weise. Es baute sich, namentlich im ersten Teile, zu einer imposanten Rundgebung des Gewerkschaftsgedankens christlichen Charakters auf. Um 4 3/4 Uhr wurde die gewaltige Versammlung, bei der Kollegen und Kolleginnen sowie die Angehörigen der Organtisation der Organtisation den Saal überfüllten, durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Kollegen Grüner, mit kurzen, treffenden Worten eröffnet, der alle Erschienenen, besonders aber den Festredner, Kollegen August Hecke-Bocholt, herzlich begrüßte. Alsdann erhielt letzterer das Wort, der namentlich im zweiten Teile seines Vortrages die ihn ersäufende Begeisterung für die Sache der christlichen Gewerkschaft auch auf seine zahlreiche Zuhörerschaft zu übertragen verstand. Redner sprach zunächst über die Bocholter Verhältnisse, deren Schwierigkeiten er besonders betonte. Alsdann beantwortete Kollege Hecke in längeren Ausführungen die beiden Fragen: Was haben wir an der christlichen Gewerkschaft? und Was sind wir ihr schuldig? Die christliche Gewerkschaft bietet uns materielle und ideale Vorteile. Redner verbreitete sich zunächst über die erstere und zeigte, was die Gewerkschaft in dieser Hinsicht den Arbeitern errungen habe: Bessere Behandlung, kürzere Arbeitszeit, aufsteigende Löhne, allgemeine Schulung, Besserung der Krankentassenverhältnisse, besseres Verhalten der Versicherungsgesetze usw. Wie die Statistik erweise, sei in der Baumwollindustrie der Durchschnittslohn von 1901-1910 von 700 auf 835 Mark gestiegen. Weiter erwähnte Redner noch, wie das Unterstützungswesen der Gewerkschaft so vieles Gute gewirkt habe. Wie würde es, so fragte Redner unter dem Verständnis der ganzen Versammlung, um uns stehen, ohne Organisation? Nachdem im Laufe des Vortrages die Schmutzkonzurrenz berührt, die es vielfach verfühle, daß nicht bessere Löhne gezahlt werden könnten und gegen die Freihandelspolitik der Sozialdemokraten ein entschiedenes Veto eingelegt war, da dieselbe die Lage des Arbeiters nur verschlimmern könne, sprach Kollege Hecke über die ideale Vorteile der Gewerkschaft und griff in diesem Sinne zunächst die Bestrebungen nach Monopolen seitens der sogenannten freien Gewerkschaften auf. Im Chemigraphen-Gewerbe und im Lössergewerbe seien diese Monopole bereits geschaffen und im Buchdruckergewerbe seien diese Bestrebungen nur mit Mühe abge schlagen worden. Wohin soll es kommen, wenn die rote Gesellschaft das Mo-

nopol der Arbeit erringt? so frag Redner. Dann heißt es für den christlichen Arbeiter: Not oder kein Brot! Davon möge uns der Himmel bewahren. Wir werden dem Kampfe gegen diese Absicht alle unsere Kräfte opfern. Wie weit man in den freien Gewerkschaften gekommen ist, das beweist ein Vorgang in Hannover-Linden, woselbst vor jungen Mädchen von 14 bis 20 Jahren von den Sozialdemokraten ein Vortrag gehalten ist über man selbst unter verheirateten Leuten zu schweigen pflegt. Redner kam dann noch auf eine sozialdemokratische Versammlung in Bocholt zu sprechen, in der die rote Gesellschaft, obwohl sie vorher den Mund recht voll genommen hatte, ganz gehörig abgeführt wurde. Trotzdem habe es in einem sozialdemokratischen Blatte geheißen, daß ein Erfolg errungen sei und das rote Licht demnächst auch in Bocholt leuchten dürfte. Gott bewahre uns vor diesem roten Licht! so bemerkte Redner und ging dann dazu über, einen eindringlichen Appell an alle Anwesenden zu richten. Jetzt handele es sich darum, ob die große Menge der Unorganisierten, welche im Verhältnis zu 3 : 1 zu den Organisierten stehen, dem christlichen Gewerkschaftsgedanken oder der Sozialdemokratie gewonnen würde. Welcht das Erstere, dann wohl uns! Welche uns! wenn die große Masse der Unorganisierten der Sozialdemokratie zugeführt wird. Seien wir daher einig! Lassen wir die kleinen Unstimmigkeiten unter uns verschwinden, haben wir stets unsere großen und herrlichen Aufgaben vor Augen, kämpfen wir für unsere Ideale, endlich wird uns der Sieg winken, endlich wird der Arbeiterstand seine Rechte finden und das Banner der christlichen Gewerkschaft siegreich in den Lüften flattern. Nachdem der Redner seine etwa 3/4stündigen Ausführungen unter stürmischem Beifall der Anwesenden beendet, nahm Redakteur Fock das Wort, um in kurzen Ausführungen den christlichen Gewerkschaftsgedanken als bedeutenden Kulturträger zu feiern und auf die Fortschritte zu verweisen, die die christlichen Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren gemacht. Sei doch jüngst in einer nicht-gewerkschaftlichen Versammlung die christliche Gewerkschaft als eminenter Kulturfaktor bezeichnet worden, der im Verein mit den konfessionellen Arbeitervereinen aufwärts, zur Höhe, zur Sonne der Kultur führe. Der Vorsitzende, Kollege Grüner, dankte den beiden Rednern unter lebhafter Zustimmung der Versammlung und ermahnte, aus den Vorträgen Lehren zu ziehen und sie zu befolgen. Den Hauptinhalt der Darlegungen faßte Grüner kurz zusammen, betonte nochmals die idealen Seiten der Gewerkschaft und schloß mit einem dreifachen Hoch auf dieselbe, das sturmähnlich den Saal durchbrauste. Nun trat die Unterhaltung in ihre Rechte. Nach einem Prologo, den eine Arbeiterin in ganz netter Weise zum Vortrag brachte, wurden zwei Theaterstücke gegeben: „Führe uns nicht in Versuchung“ und „Die Saat des Jaffes“. Das erste Stück ist von Fräulein Maria Hahn in Barmen verfaßt, die auch noch am Weibstuhle ihrer Pflicht zubleibt. Es stellt sich in den Dienst der Abstinenzidee. Das zweite Stück ist rein sozialen Charakters. Beide Stücke wurden recht hübsch gespielt, man sah es, daß die zahlreich Mitwirkenden fleißig und mit vielem Verständnis die Proben mitgemacht hatten. Die beiden Stücke gefielen allgemein, namentlich wurden im ersteren die etwas heiteren Momente beifällig aufgenommen. Zieht die christliche Gewerkschaft in Emsdetten das Fazit des 8. Stiftungsfestes, dann wird sie damit nur zufrieden sein können und sich sagen: Es geht vorwärts!

Erstein i. G. Auf eine recht traurige Art mußte eine Textilarbeiterfamilie hier das alte Jahr b. schließen. Als am letzten Samstag im alten Jahr in der Kammgarn-Spinnerei A. Kellermann & Co. der Arbeiter Haumeier in der Frühe um 5 1/4 Uhr einen Dampfoahn öffnen wollte, wurde der Hahn durch den Dampfdruck herausgeschleudert. Der Arbeiter fiel über die Galleie hinunter, wo man ihn besinnungslos auffand. Es wird ferner behauptet, daß der Hahn erst explodierte, als der Arbeiter schon an einem zweiten Hahn beschäftigt war. Da ihm nun der Weg zur Treppe abge schnitten war, soll er versucht haben, am Dampfrohr hinunterzuklettern und sich hierbei schwer am Unterleibe verbrannt haben und ist daher abgestürzt. Bestimmtes läßt sich bis jetzt nicht feststellen. Der Verunglückte hat nur kurze Zeit die Bewußtsein wieder erhalten, da er eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hat. Die beiden Arme und der Unterleib sind mit schweren Brandwunden bedeckt. Eine junge Frau und fünf kleine Kinder ängstigten sich um den schwerkranken Vater.

Landeshut Schl. Opfer der Arbeit. In der vorvorigen Woche hatte der etwa 20 Jahre alte Arbeiter Wittwer aus Aufbänk, welcher in der Weiche der Textilwerke in Oberleppersdorf beschäftigt ist, das Unglück, mit einem Gefäß, in welchem sich Schwefelsäure befand, die zum Klären der Seimand benutzt wird, zu stolpern, so daß er sich die Säure über die Kleider und in das Gesicht goß. Während ihm die Kleider sofort teilweise vom Körper fielen, erlitt er furchtbare Verbrennungen im Gesicht, wodurch besonders die Augen schwer betroffen wurden. Er wurde in das Marianen-Enniff transportiert. Hinsichtlich der Erhaltung des Augenlichts soll sein Zustand sehr bedenklich sein.

Lechhausen. Eine sehr interessante Versammlung war es, die am 31. Dezember 1911 die Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes in Lechhausen veranstaltete. Galt uns doch der Besuch, der uns stets in besonderen Andenken stehenden und aus unserer Mitte hervorgegangenen Sekretärs in unseres Verbandes, Kollegin Fanny Harder aus Düsseldorf. Mit einem Vortrag „Das Tempo unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung“ erfreute sie die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Nachdem sie eingangs ihrer Freude Ausdruck gegeben, daß sie wieder einmal Daheim unter alten Bekannten sein könne, führte sie aus: Es wird so oft von den Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gesprochen und von ihrem Wachsen, aber wir wachsen nur, wenn wir selbst mitarbeiten. Nicht mit dem Beitragszahlen allein sei es getan, eine vollständige Umwandlung, die allerdings nicht so leicht sei, ist notwendig. Sie müsse sich zeigen nicht nur in der Familie, sondern auch in der Gesellschaft und im Verkehr mit den Arbeitskollegen. Man solle am Vornehmsten überall den christlichen Gewerkschaftler erkennen. So werde sich jeder Achtung erringen und Erfolge erzielen und dadurch auch die Unorganisierten für unsere Ideen leichter gewinnen. Besonders notwendig ist Freundlichkeit und liebevolle, ausdauernde Aufklärung. Ganz besonders mies sie darauf hin, wie gedankenlos und kurzfristig diejenigen handeln, die sich den Verbandsbeitrag „ersparen“ wollen. Durch starke Organisationen und gutgeformte Klassen kann für die Arbeiterchaft etwas erreicht werden. Nicht immer die im Sturm gewonnene, sondern die in jäher ausdauernder Arbeit gewonnenen Mitglieder sind die besten. Zum Schlusse gab sie noch einige Erfahrungen in der Versammlung und Agitationsstätigkeit zum besten und schloß mit der Ueberzeugung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch hier vorankommen werde. In der Diskussion sprach noch sehr wirkungsvoll der zweite

Aus dem Verbandsgebiete.

Zur gest. Beachtung!

Die Arbeitslosen-Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 27. Januar, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Januar ist. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale einzufenden.

Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, ihrezeitlich dahin zu wirken, daß die Berichtserstattung zur richtigen Zeit und bestimmt erfolgt.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentrale.

Inhaltsverzeichnis.

Der diesmaligen Zeitungsauflage ist das

Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1911

unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ beigelegt worden. Die Ortsgruppen erhalten einige Exemplare gratis. Unsere Postabonnenten können das Inhaltsverzeichnis gegen Einzahlung von 20 Pfg. in Briefmarken von unserer Geschäftsstelle, Kavalleriestr. 22, beziehen.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Greiz i. Bogland.

Vom neuerevidierten Lohnstarif in den Webereien. Derselbe bringt für die Arbeiterchaft wesentliche Verbesserungen.“ So zu lesen in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen. Eine Rundfrage ergab nun folgendes überraschende Resultat:

Table with 3 columns: Firma, Durchschnittsverdienst pro Woche, Lohnerhöhung pro Woche. Includes firms like F. G. Reifmann, Gebr. Dehler, Ortlepp, etc.

Eine Umrechnung ergibt, daß sämtliche 16 Weber, resp. Weberinnen zusammen eine Lohnerhöhung von 4,05 M. erzielen, was einem Mehrverdienst von 25-26 Pfg. pro Woche entsprechen würde. Auf das Jahr ergäbe das einen Betrag von ganze 13 M., wenn —, ja wenn der betreffende Weber das ganze Jahr hindurch erhöhte Artikel verwebt. Nun hat sich aber bei Durchsicht des Tarifes herausgestellt, daß gerade die Artikel, die in Greiz am meisten verwebt werden, wenig oder zum Teil gar nicht erhöht worden sind, während Artikel mit doppeltem Einschlag (hier eine Seitenheit) eine Erhöhung bis zu 50 Pfg. pro 100 Zahlen Einschlag aufweisen können. So kann sich die Arbeiterchaft mit dem Gedanken trösten, daß die Tarifbewegung mit dem Ausbruch des revidierten Lohnstarifs noch nicht ihr Ende erreicht hat.

Kartellvorstehende Ulrich, Schmid-Augsburg im Sinne der Referentin, welche hierauf noch ein Schlusswort hielt.

Rheyt. Die Konsum- und Produktionsgenossenschaft christlicher Arbeiter in Rheyt, die noch immer dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine in Hamburg angeschlossen ist, in dem sich sozialdemokratische Tendenzen geltend machen, trägt sich zuverlässiger Mittelung zufolge mit der Absicht, demnächst eine eigene Zeitung herauszugeben.

Wollte der Verein doch einsehen, daß ihm durch den Anschluß an den Verband westdeutscher Konsumvereine die Arbeit und Kosten eines eigenen Organs erspart blieben und er hierdurch gleichzeitig diejenige Organisation kräftigt, die bei ihren Maßnahmen auch die notwendige Neutralität den politischen und gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder gegenüber wahrt.

Schiffbet. In unserer Ortsgruppe geht es erfreulicher Weise in letzter Zeit gut vorwärts. Es wird eine rege Agitation entfaltet, so daß sich die Zahl der Mitglieder seit dem letzten Streik verdoppelt hat.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen. In den Vierteljahrberichten der Deutschen Reichsstatistik (4. Heft 1911) werden die diesbezüglichen Zahlen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsberechtigten und Bergbehörden für das Jahr 1910 in einer übersichtlichen Zusammenstellung veröffentlicht.

Kinder unter 14 Jahren	5 856
Im Alter von 14—16 Jahren	167 225
Im Alter von 16—21 Jahren	489 120
Über 21 Jahre alt	770 336

Die Zahl der Betriebe, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, beläuft sich auf 104 172, während in 93 133 Betrieben Arbeiterinnen gezählt wurden. Von den einzelnen Gewerbegruppen stellt die Textilindustrie mit 2562 Betrieben, 53 316 jugendlichen und 428 418 Arbeiterinnen an der Spitze, während das Baugewerbe mit 11 jugendlichen und 899 erwachsenen Arbeiterinnen die niedrigsten Ziffern aufweist.

Gewerbegruppe	Wärden unter 14 Jahren	Arbeiterinnen von 14—16 Jahren	Arbeiterinnen über 16 Jahre
Bergbau	20	1 142	16 919
Steine und Erden	365	7 311	67 310
Metallverarbeitung	330	11 658	71 314
Maschinenindustrie	104	5 010	60 363
Chemische Industrie	75	2 502	21 368
Fortwirtschafliche Nebenprodukte	46	1 278	8 043
Textilindustrie	2 562	53 316	428 418
Papierindustrie	236	9 301	57 722
Lebensmittelindustrie	23	2 159	11 320
Holz- und Schnitzstoffe	156	4 051	29 900
Druck- und Genusmittel	619	20 049	172 478
Bekleidung	1 081	43 030	231 202
Bewegung	41	1 947	32 272
Baugewerbe	—	11	899
Graphische Gewerbe	84	4 808	40 933
Sonstige Gewerbe	14	202	2 770

Zusammen 5 856 | 167 225 | 1 259 456

Ein Vergleich mit dem Jahre 1909 ist nicht möglich, weil infolge der am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Novelle zur Gewerbeordnung (Gesetz vom 28. Dezember 1908) eine Veränderung in den gezählten Betrieben eingetreten ist. Betriebe unter 10 Personen sind nicht mehr mitgezählt, während andere Betriebe in die Statistik neu aufgenommen wurden.

Zunehmen zeigt diese Statistik, daß eine gewaltige Zahl von Arbeiterinnen in der deutschen Industrie ihr Brot suchen müssen. Wie wir aus der Statistik wissen, unter erschwerten Umständen, zum größten Teil in sehr verheerungsbedürftigen Verhältnissen. Um so mehr ist es geboten, die Kräfte zu sammeln, Schutz und Beistand in den Organisationen zu suchen. Allein für sich bedeutet eine Arbeiterin im schweren Kampf aus Dasein nichts,

allein steht sie macht- und wehrlos da, aber diese großen Massen von industriellen Arbeiterinnen zusammengefaßt, bilden eine Macht, die auch ihre berechtigten Wünsche zur Geltung bringen kann.

Aus dem Jahresbericht des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger seien einige allgemein interessierende Angaben wiedergegeben. Die gesamte Vermittlungstätigkeit der nichtgewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung betrug nach einer zusammenfassenden Uebersicht:

	Vermittlungstätigkeit 1909	1910
Öffentliche Arbeitsnachweise	915 331	1 087 459
Arbeitgebernachweise	504 319	915 268
Arbeitnehmernachweise	rund 300 000	300 000
Herbergen zur Heimat	133 899	159 119
Paritätische Facharbeitsnachweise	120 000	120 000
Zinnungsnachweise	200 000	200 000
Kaufmännische Vereine	30 476	35 712
Verein technischer Angestellter	1 812	2 026
Landwirtschaftliche Vermittlung:		
a) Ausländische Wanderarbeiter	80 052	102 907
b) Ständiges Personal	7 732	10 235
Industrielle ausl. Wanderarbeiter	9 093	10 419

Unter Zugrundelegung dieser Aufstellung kann man den mit Ausschluß der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung auf dem deutschen Arbeitsmarkt 1910 stattgefundenen Nachweisverkehr mit großer Wahrscheinlichkeit auf ungefähr drei Millionen Vermittlungen schätzen.

Zu Beginn des Jahres 1911 waren im Deutschen Reich 475 gemeindliche oder gemeindlich unterstützte Arbeitsnachweise vorhanden, und zwar verteilten sich dieselben folgendermaßen auf die einzelnen Bundesstaaten: Preußen 266, Bayern 67, Sachsen 43, Württemberg 16, Baden 13, Hessen 27, Sachsen-Weimar 3, Oldenburg 2, Braunschweig 3, Sachsen-Koburg-Gotha 2, Anhalt 3, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 1, Waldeck 2, Lippe 1, Lübeck 1, Hamburg 2 und Groß-Lohringen 17.

Einen Einblick in den Betrieb unserer deutschen Post bekommt man, wenn man weiß, daß die deutsche Reichspost täglich allein nicht weniger als 5 1/2 Millionen 5 Pfg.-Marken verbraucht. Das ist schon eine recht nette Zahl, und man kann wohl behaupten, daß täglich auf jeden etwa 15 Einwohner des Deutschen Reiches eine 5 Pfg.-Marke kommt. Die Reichsdruckerei, in der die Marken hergestellt werden, liefert diese in Form von Bogen an die Post ab. Jeder dieser Bogen enthält 100 Marken. Es ist nun interessant, zu erfahren, wie viele derartige Bogen von jeder einzelnen Markenorte jährlich verbraucht werden. Da ergibt sich nun, wie die Morgenpost schreibt, folgendes Bild. Man benötigt pro Jahr:

3 Pfg.-Marken etwa 8 Mill. Bogen zu je 100 Stück
5 " " " 18 " " " " 100 "
10 " " " 13 " " " " 100 "
20 " " " 2,5 " " " " 100 "

Da nun das Jahr 300 Arbeitstage hat, und da in der Reichsdruckerei die achtstündige Maschinen-Arbeitszeit eingeführt ist, so müssen jahraus, jahrein in jeder Stunde folgende Markenmengen hergestellt werden:

330 000 Stück 3 Pfg.-Marken
750 000 " 5 " " "
550 000 " 10 " " "
100 000 " 20 " " "

Es werden also mit anderen Worten in Deutschland in der Stunde nicht weniger als alles in allem 1 730 000 Marken erzeugt und natürlich auch gebraucht. Das ist der durchschnittliche Verbrauch, der um die Neujahrszeit um ein ganz Beträchtliches ansteigt. Mag er aber noch so sehr steigen, der Markenvorrat wird deshalb doch nicht ausreichen, denn Post und Reichsdruckerei sind hinreichend gerüstet, um auch dem stärksten Bedarf jederzeit genügen zu können.

Berichtigung.

In dem Artikel in der vorigen Nummer dieser Zeitung, „Von unserem holländischen Bruderverbande“, ist von der jüngst erfolgten Stellungnahme des holländischen Episkopats zur Frage der Berufsorganisationen gesagt, daß die Bischöfe wünschen, die „ihnen unterstellten laich. Arbeiter“ sollten sich katholischen Organisationen anschließen. Das ist insofern ein Irrtum, als in der Kundgebung nur von „uns untergebenen Katholiken“ die Rede ist. Praktisch trifft sie jedoch nur die Arbeiter.

Verammlungskalender.

- Altenberg. 21. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Hub. Brandt Generalversammlung.
- Breitath. 20. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Hub. Geratz, Generalversammlung.
- Beyersburg. 20. Jan., 8 1/2 Uhr, bei G. Gehoff Generalversammlung.
- Bosch. 19. Jan., 8 1/2 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im St. Paulshaus.
- 21. Jan., 3 Uhr, Generalversammlung daselbst.
- Burgwalden. 21. Jan., 6 Uhr, bei Jak. Klüfer Generalversammlung.
- Contra. 20. Jan., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreitz. 12. Generalversammlung.
- Dorabach. 21. Jan., 1/2 6 Uhr, bei Bwe. Hehnen, Generalversammlung.
- Dülken. 21. Jan., 6 Uhr, im Kath. Gefellenhause, Familienfeier. Lichtbildervortrag: „Heimarbeit“.
- Epe. 21. Jan., 3 1/2 Uhr, bei Kade, Generalversammlung.
- Euchenheim-Willich. 21. Jan., 6 Uhr, bei Mathias Schröder Generalversammlung.
- Eupen. 20. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Martin Berg, Neustraße, Generalversammlung.

- Gera. 20. Jan., 1/2 9 Uhr, im Lokale „Kronprinz“, Generalversammlung.
- W. Stadbach-Blumenberg. 21. Jan., 11 Uhr, bei Wdh. Nelles, Lützenstr., Generalversammlung.
- Grafath. 28. Jan., 11 Uhr, bei Kempes.
- Greiz. 28. Jan., 4 Uhr, bei Gräfer, Höhe-Casse, Generalversammlung.
- Gardt. 21. Jan., 9 Uhr, bei Konrad Jereffen Generalversammlung.
- Hehn. 28. Jan., 11 1/2 Uhr, bei W. Bösch, Generalversammlung.
- Hof a. S. 20. Jan., 1/2 9 Uhr, in Steuberts Lokal, Wiesenbergr. 2, Generalversammlung.
- Kettenis. 28. Jan., 5 Uhr, bei Fr. Sieberg, Generalversammlung.
- Krefeld. 21. Jan., 11 Uhr, in der „Reichshalle“, Generalversammlung.
- 22. Jan., 1/2 9 Uhr, in der „Reichshalle“, Arbeiterinnenversammlung.
- Krefeld-Bodum. 21. Jan., 6 Uhr, bei Heinrich Wenger, Generalversammlung.
- Luckenwalde. 21. Jan., 3 Uhr, bei Meß am Markt, Generalversammlung.
- Montjoie. 21. Januar, 11 Uhr, Generalversammlung.
- Nieuwerkerk. 21. Januar, 11 1/2 Uhr, bei Joh. Gylmanns (Kleiner Saal, oben).
- Oberghausen. 21. Jan., 5 Uhr, bei Karl Dörmann, Wiehlbrück, Kaiser's Geburtagfeier und Familienfest.
- 27. Jan., 8 Uhr, bei Dörmann, Wiehlbrück, Generalversammlung.
- Rheyt. 21. Jan., 6 Uhr, bei Albert Paffen, Obentirchenerstraße 35, Generalversammlung.
- Schiefbahn. 28. Jan., abends 6 Uhr, bei Wdh. Hohnen, Generalversammlung.
- St. Hubert. 28. Jan., 11 Uhr, bei Peter Mülbers, Generalversammlung.
- Süchteln. 21. Jan., 10 Uhr, bei Wilhelm Wennmacher, Generalversammlung.
- Waals. 21. Jan., 7 Uhr, bei Arnold Göttschen, Generalversammlung.
- Wegberg. 21. Jan., 10 1/2 Uhr, im Wegbergerhof Generalversammlung.
- Wirselen. 28. Januar, 10 Uhr, bei Schimmer, a. d. Kirche, Generalversammlung.

Literarisches.

Die Reichsversicherungsordnung. Von Arbeitersekretär Heinrich Königbauer, Landtagsabgeordneter 84 Seiten. Preis 40 Pfennige. München 1911, Buchhandlung des Verbandes südd. katholischer Arbeitervereine.

Diese Arbeit veranschaulicht in leichtfaßlicher Weise die Notwendigkeit und die große volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung. Ein umfassendes Zahlenmaterial und die Wiedergabe von wichtigen Belegstücken aus den Drucksachen des Reichstages ergänzen die Ausführung über die arbeitschädigende Falschung der Sozialdemokratie bei dem Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Bei Darstellung der Mängel des bisherigen Rechtes kommt dem Verfasser seine langjährige Praxis als Arbeitersekretär sehr zu statten. Das Buchlein, dem ein ausführliches Register beigegeben ist, bietet nicht nur reichlich Material zur Abwehr der gegnerischen Angriffe, sondern es hat den bleibenden Wert als Wegweiser im neuen Versicherungsrecht für die Arbeiter in Industrie, Gewerbe und für die Angehörigen der Landwirtschaft, da es aus dem Wirrwarr von nahezu 1800 Paragraphen mit Sachkenntnis das herausgeholt wurde, was bezüglich der einzelnen Versicherungsarten, des Verfahrens und des Einführungsgegesetzes der Versicherte wissen muß.

Gewerbeaufsichtsberichte. Die amtliche Ausgabe der Jahresberichte der Preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Bergbehörden für 1911 wird Ende März d. J. fertiggestellt werden. Für die bis 29. Febr. 1912 unmittelbar bei der Direktion der Reichsdruckerei (Berlin SW. 69, Dranienstraße 91) bestellten Exemplare beträgt der Vorzugspreis 3,25 M. für ein in Ganzleinen gebundenes Exemplar. Im Buchhandel erscheint das Werk bei dem H. von Dederichen Verlage in Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 56, zum Preise von 5,75 Mark. Die Jahresberichte werden auch Mitteilungen über die praktische Handhabung der Arbeiterschutzgesetzgebung und durch Beschreibungen und Skizzen näher erläuterte Vorschläge für die Unfallverhütung und die Bekämpfung gewerblicher Krankheiten, sowie auch für weitere Kreise interessante Mitteilungen aus dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrtsanrichtungen enthalten.

Beide Schriften können auch von der Buchhandlung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften in Köln bezogen werden.

Inhaltsverzeichnis.

- Handeln. — Artikel: Arbeiter- und Staatspolitik. — „Berichte aus den Ortsgruppen.“ — Das neue Hausarbeitsgesetz. — Erlässen und Wiederaufleben der Anwartschaft in der Reichsversicherungsordnung. — Feuilleton: Bilder aus der Geschichte der Textilarbeiter. — Allgemeine Kundenschaft: Beendigung der Tabakarbeiterausperrung. — Die christliche Gewerkschaftspressen. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. — Masse und Führer. — Staatsbeamte und Sozialdemokratie. — Sozialdemokratische Moralbegriffe. — Sozialdemokratische Gewerkschaften von Unternehmerngraben. — Die Steuerlast im In- und Auslande. — Was brachte das Jahr 1911 in der sozialen Gesetzgebung? — Wohnungsmiete und Einkommen. — Die Tarifstreue des sozialistischen Buchdruckerverbandes. — Aus unserer Industrie: Die Textilindustrie des N.-Gladbacher Bezirks im Jahre 1911. — Dividendenanschlägen für die Textilunternehmungen im Jahre 1911. — Aus dem Verbandsgebiete: Zur geistl. Beachtung! — Inhaltsverzeichnis. — Wohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten: Greiz i. Vogtland. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Gmsdetten. — Erkein i. E. — Landesgut i. Schl. — Sechshausen. — Rheyt — Schiffbet. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen. — Aus dem Jahresbericht des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger. — Einen Einblick in den Betrieb unserer deutschen Post. — Berichtigung. — Verammlungskalender. — Literarisches.